

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,80 Mk.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 Mk.
einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und
72 Pf. Postbestellgebühren. Auslands-
abonnement 6.— Mk. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucklohn-
porto 5.— Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Wochenbeilage für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Kampf“ illustrierte Beilage „Zeit
und Welt“, Bremer „Brennspinnerei“,
„Technik“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
5. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpott. Kompartimente 40 Pf.
Rechnung 5.— Pf. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
Geldwert zwei festgedruckte Wörter, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10. Tarif
Stellengeluche das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 8½ bis 11 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disz.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 65-66.

Pleite bei Hugenbergs.

Stahlhelmgewinne auf Kosten anderer. — Hugenberg warnt vor Zahlungen für den Volksentscheid. — Die Finanzkrise der Deutschnationalen.

Die Konfusion bei der „großen Koalition“ Hitler-Seldte-Hugenberg-Thälmann ist geradezu bewundernswert. Je lauter die Aufrufe zum Volksentscheid, desto größer der Kajaenjammer in den Reihen der Organisatoren der Niederlager. Wer noch daran zweifelt, dem mag das folgende Rundschreiben des deutschnationalen „Parteiführers“ Hugenberg an seine Unterführer die Augen öffnen. Dieser Mahnbrief, kein Geld für den Volksentscheid, auch nicht vorzuschussweise, zu geben, wurde zunächst im Mai versandt, dann aber, da er augenscheinlich nichts genutzt hatte, noch einmal im Juli erneuert. Er spricht Bände. Hier der Wortlaut:

Deutschnationale Volkspartei.
Der Vorsitzende.

Berlin NW 7, den 20. Mai 1931.

Reichstag.

An die Vorsitzenden der Landesverbände.

Wie mir berichtet ist, sind in vielen Landesverbänden erhebliche Mittel zur Vorbereitung des Stahlhelmpollsbegehrens aufgewendet worden, ohne daß vorher mit der örtlichen Stahlhelmsleitung Abmachungen über eine wenigstens anteilige Wiedererstattung getroffen wurden. Dadurch sind leicht voraussehende finanzielle Schwierigkeiten in den betroffenen Organisationen entstanden; zum Teil haben die Landesverbände Schulden gemacht, zum Teil haben sie den Beitrag an die Parteizentrale nicht geleistet. Am 7. Februar 1931 haben die Landesverbände klare Anweisungen bezüglich der Finanzierung des Stahlhelmpollsbegehrens erhalten; unter anderem war darauf hingewiesen, daß eine finanzielle Unterstützung, wie sie jetzt nachträglich von einem Landesverband bei der Parteizentrale beantragt wird, unmöglich sei. Wörtlich hieß es weiter in der Anweisung:

„Es wird daher empfohlen, die Propaganda in den Rahmen der allgemeinen Parteipropaganda einzuspannen, um besondere Kosten — auch Kosten für Redner — zu sparen. Es wird im Interesse der Landesverbände davon gewarnt, die Kosten für Sonderveranstaltungen für das Volksbegehren — auch nicht vorzuschussweise — auf die Landesverbände usw. zu übernehmen, wenn nicht die Bedürfnisse der eigenen Parteiorganisation einschließlich der Pflichtbeiträge an die Parteizentrale für das laufende Jahr sichergestellt sind. Wenn die Parteiorganisation organisatorisch und finanziell in Schwierigkeiten kommt, ist der Kampf um Preußen, der mit dem Volksbegehren erst beginnt, bei dem Hauptkampf ausbleibt.“

Ich habe ferner auf die Bildung eines besonderen Preußenkampffonds hinweisen lassen. Alle diese Hinweise und Anregungen sind leider bei einigen Gliederungen nicht nur nicht beachtet, sondern in ihr Gegenteil verkehrt worden: man hat gestattet, daß bei deutschnationalen Veranstaltungen Sammlungen für das Volksbegehren durchgeführt wurden, deren Ertrag nicht in den Händen der Parteiorganisation blieb, sondern dem Stahlhelm zufließt, so daß — vielfach ist es jedenfalls so gewesen — der Partei die Rednerkosten und ein großer Teil der Kleinarbeit, dem Stahlhelm aber die Einnahmen zufließen.

Ich richte nochmals an die Landesverbandsvorsitzenden das dringende Ersuchen, die finanziellen Bedürfnisse der Partei allen minder wichtigen voranzustellen.

Die finanzielle Krise ist die Krise der Partei; eine andere Krise gibt es nicht.

Das politische Machtmittel der Deutschnationalen Volkspartei wird ausgeschaltet werden, wenn es nicht gelingt, diese Krise zu überwinden. Wichtiger als ein Volksentscheid von zahlenmäßig unsicherem und politisch problematischem Erfolge ist die Ausbringung der Mittel zur Erhaltung der Partei. Ich bitte daher nochmals darum,

keine Schulden zu machen und überhaupt keine Kosten für den Volksentscheid zu übernehmen,

wenn nicht die Bedürfnisse der eigenen Parteiorganisation einschließlich der Pflichtbeiträge für die Parteizentrale sichergestellt sind. Ich ersuche Sie auch, bei den unterstellten Gliederungen die Finanzgebarung in diesem Sinne zu überwachen. Andererseits bitte ich, die Sammlungen für den Preußenkampffonds, für die im Rundschreiben Nr. 12 praktische Hinweise gegeben sind, fortzusetzen.

Mit deutschem Gruß

gez.: Hugenberg.

Bereint marschieren und vereint verlieren — das ist das Programm der Antipreußenfront. Aber vereint die Mittel dazu aufbringen? Nein, da geht die Freundschaft in die Brüche. Stahlhelm spielt Heilsarmee und sammelt. Hugenberg bleibt schließlich mit seinen Papierfoldaten sitzen und hat außer den 23 Millionen bei der Danat-Bank auch noch die Stahlhelm-Thälmann-Hitler-Schulden zu decken. Das geht sogar seinem deutschnationalen Preußenherzen begreiflicherweise zu weit. Jeder sammle vor der eigenen Tür und in die eigenen Töpfe!

Eine zuckerfüße Gesellschaft von Brüderchen, in der Tat!

Brünings Warnung.

Er geht nicht zur Abstimmung.

Der Reichskanzler hat am Dienstagabend in seiner Rundfunkrede, die auf sämtliche deutsche Sender übertragen wurde, zum Volksentscheid erklärt, daß man ihn am Sonntag nicht an der Wahlurne sehen werde.

Wie wir dazu erfahren, trifft das gleiche für alle Reichsminister zu. Der Reichskanzler und sämtliche Reichsminister lehnen den Volksentscheid aus innen- und außenpolitischen Gründen ab.

Das fette Dollargutachten.

Friflose Entlassung des Professors Everling.

Der Reichsverkehrsminister hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, Professor Everling, dem Bruder des rechtsradikalen Fürstenanwalts, den Dienstvertrag nach erfolgter Vernehmung friflos gekündigt. Vorher hatte Prof. Everling versucht, den Schein zu wahren und durch seinen Bruder sein Angestelltenverhältnis im Reichsverkehrsministerium kündigt lassen. Diese „Kündigung“ hat jedoch das Ministerium durch die friflose Entlassung beantwortet.

Der Fall Everling ist allerdings skandalös genug, um das scharfe Vorgehen des Reichsverkehrsministers zu rechtfertigen. Der Herr Professor hat es nämlich mit seinem deutschnationalen Gewissen für vereinbar gehalten, ohne die vorgeschriebene Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde ein Gutachten in einem Potentstreit gegen die Junkers-Werke für den Ford-Konzern auszuarbeiten. Besonders belastend für Everling war in diesem Fall, daß

er sich als Reichsangestellter zum Gutachter gegen seinen eigenen Arbeitgeber, das Reichsverkehrsministerium, aufschwang, denn Junkers wird in einem Umfang mit Reichszuschüssen vom Verkehrsministerium versehen, daß hier in starkem Maße öffentliche Interessen auf dem Spiele stehen. Aber offenbar sind alle Bedenken dieser Art bei Herrn Everling im Hinblick auf das fette Dollarhonorar von Henry Ford im Reime erstickt worden.

Heraus zum Kampf gegen den Volksbetrug der Hitler, Hugenberg und Thälmann!

Freitag, den 7. August, 20 Uhr

Große Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Saalbau Friedrichshain — Kliem's Festsäle,
Hasenheide 15 — Spichernsäle, Spichernstr. 3
— Hochschulbrauerei, Seestraße — Atlantik-
Säle, Behmstraße 5, Ecke Badstraße

Redner:

Clara Bohm-Schuch, Arthur Crispian, Wilhelm Dittmann, Käthe Kern, Paula Kurgaß, Franz Künstler, Karl Litke, Otto Meier, Toni Sender, Mathilde Wurm

Kontrolle der Banken.

Aber keine „weiße Salbe“!

Von Fritz Naphtali.

In seiner gestrigen Rundfunkrede, über die wir an anderer Stelle berichten, hat Reichskanzler Brüning unter anderem auch geschliche Maßnahmen zur Sicherstellung einer Kontrolle der Banken angekündigt.

Die Erschütterung der deutschen Wirtschaft durch die Vertrauenskrise der letzten Woche und der Zwang, an allen Ecken und Enden der Kreditwirtschaft die Hilfe des Reichs in Anspruch zu nehmen, hat die Erfüllung der Forderung nach Bankenaufsicht und Kapitalkontrolle zwingend gemacht.

Die Interessenten laufen Sturm gegen den Gedanken. Ihre Widerstände sind auch noch keineswegs als überwunden anzusehen. Immerhin ist es ein Fortschritt, daß die Reichsregierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Notwendigkeit, auf diesem Gebiete zu handeln, eingesehen hat. Wir begrüßen es, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen soll, wir wissen aber zugleich, daß der ganze Nutzen davon abhängt, was geschehen wird. Wir zweifeln nicht daran, daß starke Kräfte am Werk sein werden, um der Bankenaufsicht den Charakter der „weißen Salbe“ zu geben. Wir halten es deshalb gerade jetzt für dringend notwendig, ausgehend von der Parole, die an dieser Stelle immer wiederholt worden ist: „Wer das Risiko trägt, soll auch die Führung haben“, einmal mit einigen Einzelheiten darzulegen, wie wir uns das Mindestmaß an Sicherung der öffentlichen Führung im Bankwesen praktisch vorstellen.

Das Ziel der Bankkontrolle ist ein zweifaches: Erstens Aufsicht zum Schutze der Einleger und der Kreditempfänger der Banken gegen Mißwirtschaft und Verfall; zum Zweiten: Lenkung des Kapitalstroms im Interesse der Volkswirtschaft unter Zurückdrängung der bisher ausschließlich maßgebenden und in hohem Maße zu Fehlleitungen führenden privatwirtschaftlichen Entscheidungen der einzelnen Institute. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die organisatorischen Voraussetzungen für eine staatliche Bankenaufsicht geschaffen werden. Für die gesetzliche Grundlage der zu schaffenden Bankenaufsicht stellen wir die folgenden Richtlinien auf:

1. Das Reich hat die Aufsicht über alle Unternehmungen öffentlicher und privater Art, die Geldkapitalien leihen, um sie wieder auszuleihen, die Reichsaufsicht über die Banken wird ausgeübt von einem Bankenamte, das der Dienstaufsicht des Reichswirtschaftsministers untersteht.
2. An der Spitze des Bankenamtes steht ein vom Reichspräsidenten ernannter Präsident, der über die notwendige Zahl von Beamten und Wirtschaftsprüfern für die Durchführung seiner Aufgaben verfügen muß.
3. Ihm zur Seite steht ein Beirat, dessen Mitgliederzahl nicht zu groß sein darf (höchstens 20 Personen) und in dem öffentliche und private Banken sowie Vertreter von Industrie, Handel und Landwirtschaft — Unternehmer und Arbeitnehmer paritätisch sowie einige unabhängige Wissenschaftler — vertreten sein sollen. Der Beirat muß mindestens einmal monatlich zusammentreten und über alle generell zu treffenden Anordnungen des Bankenamtes gehört werden.
4. Die Aufgaben des Bankenamtes: Das Bankenamt hat die Publizitätspflichten der ihm unterstellten Institute zu übernehmen, vor allen Dingen sich Monatsbilanzen weitgehender Gliederung, der Forderungen und Verpflichtungen einreichen zu lassen.

Das Bankenamt müssen von den einzelnen Instituten Kredite in jeder Form, die einen bestimmten Betrag, etwa eine halbe Million Mark, übersteigen, einzeln gemeldet werden. Dabei sind Konzerne mit Mutter- und Tochtergesellschaften als einheitliche Unternehmen für die Kreditabgabe zu betrachten.

Das Bankenamt hat das Recht, jede ihm nützlich erscheinende Aufgliederung der Verpflichtungen der Banken oder der Außenstände zu seiner Unterstützung einzufordern.

Das Bankenamt hat die Aufgabe, auf Grund der ihm zugegangenen Meldungen beteiligte Banken darauf hinzuweisen, daß ein Unternehmen bei verschiedenen Banken gleichzeitig verschuldet ist. Das Bankenamt hat das Recht, von den betroffenen Banken die Einschränkung von Krediten zu verlangen, falls das Kredit empfangende Unternehmen sich nicht einer Untersuchung durch Wirtschaftsprüfer unterzieht und diese eine Aufrechterhaltung des Kredites befürworten.

Das Bankenamt hat die Aufgabe, auf Grund der ihm zugegangenen Meldungen beteiligte Banken darauf hinzuweisen, daß ein Unternehmen bei verschiedenen Banken gleichzeitig verschuldet ist. Das Bankenamt hat das Recht, von den betroffenen Banken die Einschränkung von Krediten zu verlangen, falls das Kredit empfangende Unternehmen sich nicht einer Untersuchung durch Wirtschaftsprüfer unterzieht und diese eine Aufrechterhaltung des Kredites befürworten.

Brüning im Rundfunk.

Eine politische Rede an Deutschland. — Uebersetzung nach Amerika.

Das Bankenamt hat generelle Anlagenvorschriften zu erlassen unter dem Gesichtspunkt der Liquidität und der Sicherheit der Anlagen und unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Interessen der Kapital-Lenkung. Im besonderen für diese wichtige Aufgabe der Lenkung des Kapitals durch Kreditgewährung in eine bestimmte Richtung hat das Bankenamt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister zu handeln, und es sind ihm nötigenfalls Sonderkommissionen für die einzelnen Wirtschaftszweige zur Verfügung zu stellen.

Dem Bankenamt sind alle von Bankinstituten geplanten Emissionen von Aktien oder Schuldverschreibungen zu melden, und es steht ihm ein innerhalb vier Wochen ausübendes Einspruchsrecht gegen die Emissionen aus Gründen der privatwirtschaftlichen Sicherheit oder der volkswirtschaftlichen Erwünschtheit der Kapitalentwertung zu.

Das Bankenamt hat im Benehmen mit der Reichsbank, dem Reichswirtschaftsministerium und seinem Beirat die Aufgabe, Soll- und Habenzinsen festzusetzen oder hierzu Rahmenbestimmungen zu erlassen. Die Festsetzungen können sich nicht nur auf Zinsen, sondern auf alle sonstigen Kreditbedingungen erstrecken.

5. Die Ueberwachung: Die Durchführung der Richtlinien und Anweisungen des Bankenamtes ist im allgemeinen durch periodische Revision der Wirtschaftsprüfer zu überwachen.

Bei Banken, deren Verpflichtungen 50 Millionen Reichsmark übersteigen, müssen ein oder mehrere Bankkommissionen ernannt werden, die den betreffenden Banken zur ständigen Mitarbeit zugeteilt werden. Gegenüber diesen Bankkommissionen besteht eine unbeschränkte Auskunftspflicht der Institute. Sie haben an allen Sitzungen des Vorstandes, des Aufsichtsrates sowie an Versammlungen der Aktionäre oder Genossen teilzunehmen; sie haben das Recht, Beschlüsse aller Organe der Bank zu beanstanden. Im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen Bankkommissionen und den von ihnen zu betreuenden Instituten ist die Entscheidung durch das Bankenamt zu fällen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen Maßnahmen des Bankenamtes ist der Reichsbank von dem Bankenamt Mitteilung zu machen. Dabei ist ein Zusammenwirken in der Weise anzustreben, daß die Reichsbank dem Institut, das zu dieser Beschwerde Anlaß gibt, den Kredit entzieht.

Wir haben vorstehend nur die wichtigsten Richtlinien entwickelt. Im besonderen wird die wirkliche Durchführung der Aufgaben des Bankenamtes in Zukunft auch die Konzeptionspflicht für neu zu errichtende Banken oder für Niederlassungen ausländischer Bankinstitute erforderlich machen. Es wird der Betrieb von Bankgeschäften an die Voraussetzungen bestimmter Rechtsformen und bestimmter Mindestkapitalien zu binden sein.

Das Bankenamt muß vor einer einseitigen Bürokratisierung durch eine ständige materielle Zusammenarbeit mit einem kleinen, aber wirtschaftsdemokratisch aufgebauten Beirat gesichert sein. Es muß mit der Leitung der Reichsbank in enger Zusammenarbeit stehen, aber es muß von dieser Leitung unabhängig sein, und es muß, wo seine eigenen Befugnisse nicht ausreichen, jederzeit das Recht und die Pflicht zur unmittelbaren Verrichterstattung an die Reichsregierung haben, um ihr rechtzeitiges wirtschaftspolitisches Eingreifen erzwingen zu können.

Entscheidend für eine nützliche Tätigkeit des Bankaufsichtsamtes ist, daß die in ihm vertretenen Persönlichkeiten von gemeinwirtschaftlichem Geiste durchdrungen sind und ihre Aufgabe in dem Hinwirken auf eine gemeinwirtschaftliche Lenkung des Kapitalstroms, auf eine Unerordnung der Funktionen aller Kreditinstitute unter die Interessen einer gesamtwirtschaftlichen Führung erblicken.

Wir wissen, daß dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht sein wird, aber wir glauben, daß es einen entscheidenden Schritt vorwärts zur Gesundung der deutschen Wirtschaft bedeuten würde, wenn sich die Regierung auf diesem Weg zu schnellem und entschlossenem Handeln aufrafft. Dabei muß jede Zögerlichkeit und jede Rücksicht auf die Interessenten unterbleiben.

Die Gesamtheit, das Reich und alle arbeitenden Menschen haben die Last der Funktionsstörung des Bankwesens, das wir in diesen Wochen nicht ohne Verschulden seiner bisherigen Führung erlebt haben, zu tragen. Deshalb gilt es auch, dem Risikoträger Reich schleunigst den Einfluß auf die Führung zu sichern, der ihm gebührt.

Kein Verbot von Verfassungsfeiern.

Ein Runderlaß des preussischen Innenministers.

Aus republikanischen Kreisen ist die Befürchtung laut geworden, die von den verfassungstreuen Organisationen für den 9. August d. J. geplanten Verfassungsfeiern könnten mit Rücksicht auf den am gleichen Tage stattfindenden Volksentscheid verboten werden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der preussische Minister des Innern in einem Runderlaß zur Vermeidung von Zweifeln darauf hin, daß ein Verbot von Verfassungsfeiern keinesfalls in Frage kommt.

Der „Angriff“ verboten.

Auf drei Tage.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die Tageszeitung „Der Angriff“ ist mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei Tagen verboten worden, weil sie in ihrer Ausgabe vom Montag, dem 2. August, unter der Ueberschrift „Schluß mit der Nordkommune“ Ausführungen brachte, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. In dem genannten Artikel wird zu Gewalttätigkeiten gegen Personen, also zum Ungehorsam gegen Gesetz aufgehetzt.

In einem anderen Artikel der gleichen Ausgabe unter der Ueberschrift „Reisbedingung der Polizei.“ — Wieder ein Prozeß gegen Pg. Dürr“ ist die Polizei beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Dienstag abend folgende Rede im Deutschen Rundfunk:

Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, von der Reichsregierung über die Beschlüsse der letzten Wochen unterrichtet zu werden, zumal die berufene Volksvertretung, der Deutsche Reichstag, in staatsmännlicher Einsicht dem Wunsche der Reichsregierung gefolgt ist und von einer Sommertagung in diesen Krisenmonaten Abstand genommen hat.

Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, ohne Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse, behutsam vorgehen, weil sie sich gewisser, in der Lage unseres Geldmarktes bedingter Gefahren bewußt war. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Daher haben sich für Außenstehende die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in den letzten sechs Wochen geradezu überstürzt. Der Hoover-Plan ist in seinem wesentlichsten Inhalt Wirklichkeit geworden, wenn auch seine mehrwöchige Verzögerung schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat. Die in diesen Wochen erfolgte

Entziehung kurzfristiger ausländischer Kredite in Milliardenhöhe

aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen plötzlichen und gefährlichen Blutverlust. Starke

Geht nicht hin!

Artikel 6 der preussischen Verfassung, der sich mit Volksabgeordneten und Volksentscheid beschäftigt, schreibt in Abs. 6 vor:

„Anträge, die Verfassung zu ändern oder den Landtag aufzulösen, bedürfen zu ihrer Annahme der Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten.“

Soll der Volksentscheid der Hitler, Thälmann und Hugenberg Erfolg haben, so muß die Mehrheit der Stimmberechtigten mit Ja stimmen. Mehr als die Hälfte der preussischen Wähler, also mehr als 13,2 Millionen müßten mit Ja für die rechtsradikale Diktatur stimmen. — Jede Nein-Stimme bedeutet also eine Enttäuschung für die Volksentscheider.

Die Parole heißt:

Niemand geht zum Volksentscheid!

Wer aber wirtschaftlich abhängig ist und Terror fürchtet, der stimmt mit Nein oder macht den Stimmzettel ungültig

Störungen des Zahlungsverkehrs und Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens waren die naturgemäße Folge.

Ein bedeutender Fortschritt ist aber als Ergebnis dieser Krisis unerkennbar. Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, daß die Geschicke der Völker miteinander auf das engste verflochten

sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgerungen auch im Ausland bleiben können. Kein Politiker kann mehr die Möglichkeit des Soges bezweifeln, daß die Not eines Volkes nicht der Vorteil des anderen sein kann.

Zus solchen Erwägungen, die trotz aller Hindernisse in steigendem Maße bei den entscheidenden Faktoren sich durchzusetzen beginnen, ist es inzwischen zu dem deutschen Staatsbesuch in Paris gekommen, dem sich alsdann die Sieben-Mächte-Konferenz in London anschloß. Dieser Konferenz folgten die Besuche der amerikanischen und englischen Staatsmänner in der Reichshauptstadt. Morgen abend begehle ich mich, einer Einladung der italienischen Regierung folgend, in Begleitung des Herrn Reichsaussenministers nach Rom. Hoffentlich werden wir demnächst den in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausch bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in freimütiger Weise fortsetzen.

Die Ergebnisse dieser außenpolitischen Besprechungen sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine

dauerhafte internationale Kooperation

stehen soll. Zwischen den Erstlingsergebnissen solcher Zusammenkünfte und den durch die dringende Not erregten Hoffnungen wird immer eine schmerzliche Distanz bestehen. So sehr ich dieses Gefühl verstehe und würdige, so bedauerlich wäre es doch, wenn solche Anfangsenttäuschungen in ständiger Wiederholung den entschlossenen Willen Deutschlands zu hemmen, auf dem beschrittenen und auf die Dauer allein aussichtsreichen Wege weiterzugehen.

Was das bisher auf der Londoner Konferenz erzielte Ergebnis anlangt, so wiederhole ich Bekanntes, wenn ich sage, daß zunächst der an die Reichsbank bewilligte 400-Billionen-Kredit für drei Monate erneuert worden ist, daß durch gemeinsamen Beschluß der beteiligten Regierungen und durch Einwirkung auf die heimischen Banken weiterer Abzug von Krediten aus Deutschland verhindert worden ist und daß schließlich ein Komitee erster Bankfachverständiger in den nächsten Tagen beraten soll, um die Frage weiterer deutscher Kreditbedürfnisse zu prüfen und geeignete Vorschläge zu machen.

Eine durchgehende Finanzhilfe großen Stils ist, ich trage keine Bedenken, dieses festzustellen, damit einstweilen nicht erreicht. In der deutschen Öffentlichkeit wurde da und dort von einer umfassenden Auslandsanleihe gesprochen und der deutschen Reichsregierung der Vorwurf gemacht, daß sie aus mißverständlichen Prestigegegründen den Anleihegedanken nicht ernst genug verfolgt hätte. Dieser Auffassung ist die Reichsregierung bereits mit Nachdruck entgegengetreten. Ich stelle erneut fest, daß

eine große Auslandsanleihe ausblicklos und für geraume Zeit außerhalb der realpolitischen Möglichkeit liegt.

Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Ein Hindernis liegt insbesondere in der Tatsache, daß zu einer solchen Anleihe die Garantie mehrerer großer Länder verlangt wird, deren Zusage zu erreichen teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zur Zeit ausgeschlossen ist. Darum ist vorerst Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen in seine eigene Kraft angewiesen. Niemand möge hierbei die Befürchtung haben, daß diese Stellungnahme der Reichsregierung der Ausflucht eines überiphten Nationalismus sei. Keiner kann von der internationalen Interessensverflechtung aller Länder überzeugt sein als die Reichsregierung.

Es ist ausgeschlossen, daß wir Deutschland mit einer ähnlichen Mauer umgeben könnten, innerhalb deren das deutsche Volk, unter Beibehaltung seiner eigenen Bedürfnisse, ausschließlich eigenem Handel und Wandel nachgehen könnte. Deutschlands Wirtschaft ist und bleibt auf enge handelspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland angewiesen.

Ohne Zaubern ist die Reichsregierung schon vor und während der Pariser und Londoner Verhandlungen daran gegangen, die Folgerungen aus dieser Sachlage zu ziehen. Einen gewissen

Abschluß haben die erforderlichen ersten, mehr technischen Sanierungsmassnahmen am vergangenen Sonnabend gefunden. Ich erwähnte vorhin die Schwierigkeiten, in die ein Teil der deutschen Großbanken durch die plötzliche Abziehung großer Posten kurzfristiger Kredite gekommen war. Bei der Bedeutung, die die Großbanken in der gegenwärtigen Struktur unseres Bankwesens für die deutsche Gesamtwirtschaft haben, waren schnelle Entscheidungen der Reichsregierung notwendig. Sie kennen die Maßnahmen, die vor wenigen Wochen hinsichtlich der Darmstädter und Nationalbank und in den letzten Tagen hinsichtlich der Dresdner Bank ergriffen worden sind. Auch in personeller Hinsicht werden geeignete Schritte erfolgen.

Die Einschlebung von Bankfeiertagen gab der Reichsregierung und den beteiligten Wirtschaftskreisen die Möglichkeit, mit Sorgfalt und im engen Zusammenwirken mit der Reichsbank und berufenen Sachverständigen des Inlandes und Auslandes alle die Maßnahmen vorzubereiten, die für eine planmäßige Wiederinganglegung des Zahlungsverkehrs erforderlich waren.

Ein wesentliches Glied in der Kette solcher Maßnahmen war die Schaffung der Akzept- und Garantbank, die als neuer Garantträger der ersten deutschen Bankhäuser erst die Voraussetzungen schuf, die Reichsbank durch Hergabe einer weiteren Wechselunterschrift zur Herausgabe der erforderlichen Noten instandzusetzen. Durch die letzten Entschlüsse vom vergangenen Sonnabend wurde erreicht, daß

vom morgigen Mittwoch an der Geldumlauf im Bar- und Ueberweisungverkehr bei den Banken wieder in Gang gesetzt

werden kann. In Verbindung damit waren einschneidende Bestimmungen zur Verhinderung der Kapitalflucht und für den Verkehr mit ausländischen Devisen erforderlich. Aus der Schärfe der Bestimmungen, die bis zur Festsetzung von Zuchthausstrafen bei erlosenen Verbalten und schweren Verstößen gegen diese Vorschriften gehen, möge man die Entschlossenheit der Reichsregierung entnehmen, volkschädlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit zu begegnen.

Gewiß ist es richtig, daß bei der in Aussicht genommenen vorübergehenden Devisenbewirtschaftung durch die Landesfinanzämter in Einzelfällen fühlbare Härten eintreten können. Die Reichsregierung ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß diese durch die Not der Zeit erzwungenen Maßnahmen bei aller Schärfe ihrer Durchführung nicht wirtschaftsfördernd wirken.

Mit den dargelegten Maßnahmen ist das zur Zeit Notwendige geschehen, um den Geldumlauf von morgen ab wieder gewohnten Verhältnissen anzunähern.

Ich will nunmehr auf einige besonders wichtige Einzelheiten eingehen:

Alles, was Reichspräsident und Reichsregierung in diesen Wochen anordnen mußten, hat mit Inflationsgefahr nicht das mindeste zu tun. Vielen, vielleicht den meisten meiner Zuhörerinnen und Zuhörer, sage ich damit nichts Neues. Immerhin mag diese meine Feststellung zur Beruhigung des einen oder anderen aufgeregten Gemütes beitragen. Wir leiden keinesfalls an einem Zuviel an umlaufenden Zahlungsmitteln. Darum ist eine Sorge, als ob das sauer verdiente und ersparte Geld, da oder dort angelegt, in Gefahr sei, seinen Wert wie in der Inflationszeit einzubüßen, durchaus gegenstandslos. Im Gegenteil, die Ueberlegung liegt nahe, von seinem Guthaben möglichst wenig abzuhaben, ja es, wenn möglich, noch zu erhöhen, weil die Kaufkraft des Geldes steigt.

Die Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs hat auch den Sinn einer Frage an das deutsche Volk selbst, der Frage nämlich, daß es in Selbstbefinnung auf seine eigene Kraft und Würde entschlossen ist,

an der Gesundung des Zahlungsverkehrs und Wirtschaftsgeschehens aktiv teilzunehmen.

Kooperationsordnungen und ergänzende Vorschriften können nur die erforderlichen technischen Maßnahmen geben, um Störungen der Wirtschaft zu überwinden; die Maßnahmen mit Inhalt und Wirklichkeit zu erfüllen, ist Sache eines aufgeklärten Wirtschaftsvolkes selbst.

Sie können auch sicher sein, daß wir nicht nur an die Großstädte, sondern mit der gleichen Sorgfalt an die Wirtschaftsorgane in der Provinz, in Mittelstädten und auf dem Lande denken, wenn wir auch nicht vermeiden können, daß da und dort noch Uebergangsschwierigkeiten auftreten.

Wenn unsere heutige Aussprache eine wechselseitige sein könnte, würde mir vielleicht von manchem Gewerbetreibenden und mancher Hausfrau der Zuruf entgegenklingen, wie es mit dem

Geldverkehr der Sparkassen

ausieht. Daher auch hierzu ein offenes Wort: Es ist richtig, daß wir zunächst davon absehen mußten, den vollständigen freien Kassenverkehr bei den Sparkassen sowie bei den Banken schon von morgen ab in Wirksamkeit treten zu lassen. Das aber hängt mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Sparkassen zusammen. Die Sparkassenvermögen sind so sorgfältig als möglich angelegt, und zwar in erster Linie in der Anlageform, die man für die sicherste hält, d. h. in erstklassigen Hypotheken. Die Sicherheit einer solchen Anlage muß aber zunächst damit erlaubt werden, daß die angelegten Gelder nicht in beliebiger Höhe zurückgezahlt werden können, weil Hypotheken ihrem Wesen nach langfristige Anlagen sind. Das muß eine Sparkasse einfach mit in Kauf nehmen, denn sie ist ja ein Institut, das ersparte Vermögen mit einem Höchstmaß von Sicherheit verwaltet, und nicht etwa eines, das tägliche Gelder bewirtschaften soll. Gewiß ist dieses Wesen der Sparkassen, insbesondere mit Rücksicht auf die Kreditbedürfnisse des kleinen Mannes, nicht überall aufrechterhalten worden, und ein Teil der Sparkassen hat mehr oder weniger neben diesem ihrem Hauptzweck auch noch die Tätigkeit von Banken, also dem täglichen Geldinstitut, mit übernommen. Weil das so ist, und weil dieser Dienst insbesondere den kleineren Handwertern und Gewerbetreibenden unentbehrlich ist, hat die Reichsregierung und Reichsbank in voller Uebereinstimmung mit der Deutschen Girozentrale und den Sparkassen alles vorbereitet, um auch bei den Sparkassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen. Diese Dinge sind im Augenblick in Arbeit. Noch in dieser Woche muß und wird Klarheit über den Termin der Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs im Rahmen der Sparkassen bei den Sparkassen geschaffen werden.

Die Lage, wie sie nun einmal hauptsächlich durch den Abzug der Auslandsgelder entstanden ist, zwang uns, das Problem der Großbanken zunächst in Angriff zu nehmen. Aber der Eindruck, als ob Reichsregierung und Reichsbank weniger großes Interesse für mittlere und kleinere Wirtschaftsbetriebe haben, oder eine vielleicht da und dort ausgesprochene Mißstimmung aus dieser Meinung heraus, sind völlig abwegig. Schon die Voraussetzung dieser Ansicht ist unrichtig. Denn die Drängung der deutschen Großbanken kommt keineswegs nur oder überwiegend den großen Firmen und Kunden zugute. Die Gläubigerkredite, die bei einer endgültigen Erschütterung jener Banken zufließen könnten, hätten sich auf viele Hunderttausende und zweifellos zum größten Teile auf mittlere und kleinere Wirtschaftskreise, auf Gewerbetreibende und Handwerker, ausgewirkt. Weit über tausend Genossenschaften und Genossenschaftsbanken stehen mit der einen der in Frage kommenden Großbanken in innigster Ver-

Die kommunistischen Schläger. Wohlvorbereitete Ueberfälle auf Sozialdemokraten.

Aus zahlreichen Bezirken gehen uns im Laufe des Abends Meldungen zu, die von Ueberfällen auf sozialdemokratische Flugblattverteiler durch Kommunisten berichten. Aus ihren Verkehrslokalen heraus stürmen die kommunistischen Prügelhelden zu wohlvorbereiteten Anschlägen auf unsere Parteigenossen ein, um ihnen die Flugblätter zu entreißen. Rohheit und Gewalttat sind die Parolen. Natürlich haben die Kommunisten nur Mut, wenn sie in der Ueberzahl sind. Andernfalls sind sie sehr schüchtern und kleinmütig. Aus dem Prügelheldentum der Kommunisten spricht ganz deutlich das schlechte Gewissen. Die Sozialdemokratie hat ihnen die trügerische Maske vom Gesicht gerissen und der Bevölkerung bewiesen, daß der Arbeitererrat der Moskowiter sie zu offenen Bundesgenossen des Großkapitalisten Hugenberg, des Faschisten Hitler, des Stahlhelmführers Seldte und des kaiserlichen Prinzen Aumi von Hohenzollern steinigt. Dolch und Faust werden ihnen darüber nicht weghelfen, daß am 9. August durch die Berliner Arbeiterkassette die verdiente Quittung erfolgt.

Wir verzeichnen folgende Einzelmeldungen: Bei der Flugblattverbreitung der 24. Abteilung wurden gegen 20 Uhr Jugendgenossen in der Jablonskistraße von Kommunisten überfallen, die versuchten, ihnen die Flugblätter zu entreißen. In der Nähe weitende Parteigenossen und Reichsbannerkameraden eilten sofort zu Hilfe und es entwickelte sich ein Handgemenge.

Verunglückter Brunnenbau.

Acht Siedler auf der Anlagebank.

Eine Arbeiterfiedlung im Norden brauchte notwendig einen Brunnen. Der Siedlungsverein beschloß, die Arbeitslosen sozusagen zum Arbeitsdienst für die Gemeinschaft heranzuziehen und ihnen eine Mark die Stunde zu zahlen. In zwei bis drei Tagen sollte der Brunnen geschafft sein. Man stieß aber auf Schwierigkeiten, das Wasser war nicht so leicht zu erreichen. So zog sich die Arbeit hin und die Arbeitslosen, acht an der Zahl, erhielten ihre Mark die Stunde, bezogen aber weiter ihre Arbeitslosen- resp. Wohlfahrtsunterstützung. Aus dem Brunnenbau wurde nichts. Es war bestimmt nicht die Schuld der Brunnenbauer. Nun fand sich einer, der gegen die Arbeitslosen Anzeige erstattete: sie hatten, obgleich beschäftigt, ihre Unterstützung abgehoben. Vom Arbeitsamt bzw. Wohlfahrtsamt vorgeladen, verpflichteten sie sich, die Unterstützungsgelder zurückzahlen. Bei dem einen machten sie 200 Mark aus, bei dem anderen 56 Mark, bei dem dritten 88 Mark, beim vierten 161 Mark usw. Damit wäre die Sache erledigt gewesen. Leider hatten die Unterstützungsempfänger erklärt, keine Beschäftigung zu haben; sie hatten also die Unterstützungsgelder unter Vorpiegelung falscher Tatsachen abgehoben. Und nun saßen sie vor dem Schöffengericht Bedding.

Der älteste von den acht „Beträgern“ 63 Jahre alt. Der jüngste 23 Jahre. „Weshalb haben Sie das Unterstützungsgeld abgehoben, fragte sie der Vorsitzende.“ „Ja, weshalb? Ich hatte durch den Baubau Schulden, jagte der eine.“ „Ich mußte meine Pacht zahlen“, der andere. „Meine Kinder waren dauernd krank“, der dritte. „Ich befand mich in Not“, meinte der vierte usw. „Wußten Sie denn nicht, daß es strafbar ist“, fragte der Vorsitzende. „Doch, doch, wir haben ja dem Vorstandsmittglied die Karten wiederholt angeboten. Er nahm sie aber nicht. Was sollten wir da tun?“ Der Staatsanwalt beantragte gegen zwei Angeklagte je einen Monat Gefängnis, gegen die übrigen sechs Geldstrafen. Das Gericht hatte aber für die einen „Betrug“ und für diese „Be-

Der Reichsbannermann Genosse Friß Muehold erhielt einen Stich in den Unterleib.

Ein Parteigenosse der 24. Abteilung, Rudolf Kühnel, bekam einen Schlag mit dem Koppelschloß auf den Kopf, und ein anderer Reichsbannermann wurde vom Fahrrad geschlagen. Nach Anlegung von Rotverbänden auf der Rettungswache konnten sich die beiden erlittenen Verletzten in ihre Wohnungen begeben. Einer der Täter, ein in der ganzen Gegend als großer Komdy-bekannter Kommunist Bruno Rüdiger, Jablonskistr. 25, konnte verhaftet werden und wird heute früh der Abteilung IA zugeführt.

In der Driesener Straße wurden einem Parteigenossen die Flugblätter entrisen. Die Täter flüchteten.

Ein regelrechter Ueberfall wurde auf den 40jährigen Parteigenossen Friß P. in der Stettiner Straße verübt. Mehrere Kommunisten schlugen auf ihn ein und brachten ihm Verletzungen am Kopf bei. Dann stahlen die Burschen die Flugblätter und entkamen unerkannt.

Gestern gegen 20 Uhr wurden mehrere Genossen in der Dunderstraße nahe Heimholzplatz bei der Flugblattverbreitung von etwa 20 Kommunisten, die aus ihrem Verkehrslokal in der Dunderstraße auf die Straße kamen, überfallen und geschlagen. Die Flugblätter wurden ihnen aus den Händen gerissen.

„treuer“ menschliches Verständnis: Die Strafen bewegten sich zwischen 12 und 20 Mark. Bedenkt man, daß die Angeklagten einen Teil der Unterstützung bereits zurückgezahlt haben und daß der andere Teil von ihren fargen Notstandsarbeiten-Verdienst oder von ihren Militärenten und dergleichen mehr noch abgezogen werden wird, so ist auch diese Strafe schließlich hart genug. Die heutige Not schafft eigenartige Angeklagte...

Die Explosion im D-Zug.

Drei Todesopfer. — Untersuchung ergebnislos.

Budapest, 4. August.

Der „Pester Lloyd“ bringt heute aus Belgrad Quelle weitere Einzelheiten über die Bombenexplosion im Expresszug Paris-München-Belgrad. Die Zahl der Opfer hat sich auf drei erhöht, da die Gattin des schwerverletzten Professors Brunetti ihren Verwundungen erlegen ist. Professor Brunetti selbst ringt mit dem Tode.

Die Eisenbahnbehörden sind der Ansicht, daß die Höllenmaschine durch im Ausland lebende kroatische Emigranten in den Zug geschmuggelt worden ist. Der Zünder war derart eingestellt, daß die Bombe bei der Einfahrt in die Station Belgrad explodieren sollte. Da jedoch der Schnellzug 20 Minuten Verspätung hatte, kam die Bombe bereits vor der Einfahrt in den Bahnhof Zimony-Neustadt zur Explosion. Ueber die Zahl der Verwundeten ist bis jetzt noch nichts bekanntgegeben worden. Gestern abend hat die Eisenbahndirektion eine weitere Mitteilung herausgegeben, wonach sie die internationalen Züge bereits seit Tagen beobachten ließ, weil man aus verschiedenen Anzeichen folgerte, daß Attentate vorbereitet würden. So wurden Sonnagnachmittag an der österreichisch-jugoslawischen Grenze drei Wagen eines Güterzuges abgekoppelt, auf eine Seitenlinie geschoben und dort untersucht. In einer Aktentasche fand man fünf Päckchen Explosivstoff, die in ein

Exemplar des „Neuen Wiener Journal“ eingewickelt waren. Montag mittag explodierte in einem Eisenbahnwagen, der Abteile erster und zweiter Klasse enthielt, eine Bombe. Man nimmt an, daß die Attentate im Ausland vorbereitet wurden.

Verbrecher durch Alkohol.

Der Frau das Messer in den Leib gerammt.

Wieder einmal ist eine eheliche Zwistigkeit mit einem Messerstich ausgeglichen worden.

In dem Hause Lange Str. 103, in der Nähe des Schlesi-schen Bahnhofs, wohnt der 40 Jahre alte Tischler Stanislaus Siera mit seiner zwei Jahre älteren Ehefrau Josepha. Das Ehepaar stammt aus Polen. In der letzten Zeit war das Zusammenleben nicht mehr glücklich und es kam zu heftigen Aus-tritten und Handgreiflichkeiten. Der Tischler neigte dem Alkohol zu und soll, wie die Frau klagt, auch Be-ziehungen zu anderen Frauen unterhalten haben. Am Dienstag-nachmittag kam es zu einem Streit, der bei offenen Fenstern au-getragen wurde. Plötzlich hörten die Nachbarn laute Hilferufe der Frau Siera. Wie sich später ergab, hatte der Mann ein Messer gepackt und seiner Frau einen tiefen Stich in den Leib bei-gebracht. Dann war er aus der Wohnung geflüchtet. Bald darauf stellte er sich aber selbst auf dem 88. Polizeirevier. Er wurde in Haft genommen.

Die schwerverletzte Frau wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Schweres Straßenbahnunglück.

Möbelwagen gerammt. — Zehn Personen verletzt.

Auf der Spandauer Chaussee Ecke Reichstraße ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 54E und einem Möbelwagen mit Traktor. Zehn Personen er-litten zum Teil schwere Verletzungen. Fünf Verunglückte mußten durch die Feuerwehr und durch Wagen des Städtischen Rettungs-amtes in das Westend-Krankenhaus übergeführt werden.

Allem Anschein nach ist das Unglück auf ein Versagen der Bre-mse des Straßenbahnwagens zurückzuführen. Der Traktor mit dem Möbelwagenanhänger wollte in die Reichstraße einbiegen und hatte die Straßenbahngleise bereits zum Teil passiert, als der Straßenbahnwagen mit großer Wucht seitlich hineinfuhr. Bei dem sehr heftigen Zusammenprall wurden zwei Packer, die auf dem Vorderteil des Möbelwagens saßen, auf die Straße ge-schleudert. Dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperson eingehaucht und eine große Zahl von Scheiben zertrümmert. Der Fahrgäste bemächtigte sich eine Erregung und alles drängte den Ausgängen zu. Verschiedene Personen hatten außer Quetschungen starkblutende Wunden erlitten. Die Feuerwehr und das Städtische Rettungsamt sorgten für den Abtransport der Verunglückten zur nächsten Rettungsstelle. Fünf Personen, bei denen sich die Wunden als nicht gefährlich herausstellten, konnten nach Anlegung von Rot-verbänden wieder entlassen werden. Fünf weitere Verletzte, der Chauffeur Paul Schröder aus der Kaiserallee 86, Charlottenburg, der 37jährige Kaufmann Gustav von Hohendorf aus der Rheinstraße 2 in Friedenau, der 22jährige Arbeiter Kurt Krüger aus der Wallstraße 68 in Charlottenburg, der 31-Jahre alte Packer Ernst Ladewig aus der Schloßstraße 102 in Steglitz und der 62jährige Packer Friedrich Flemming aus der Born-strafe 12 in Friedenau mußten in das Westend-Krankenhaus ge-bracht werden. Durch den Unglücksfall entstand eine empfindliche Verkehrsstörung.

Der Bund für Mutterjahre richtet eine dritte Eheberatungs-stelle ein in Wilmsdorf, Uhlendstraße 143. Leitung: Frauen- und Kinderärztin Dr. Elisabeth Prinz. Sprechzeit: Freitags 19 bis 20 Uhr. Erste Sprechstunde am 11. September.



Er brüllte so stark in die Nacht hinaus, daß er zuweilen das Donnern des Terek übertönte. Am Morgen stärkte er sich mit Touristenwurst und Brot und lachte dämonisch über die unten vorbeifahrenden Autos. Den Rest des Tages ver-brachte er in Betrachtung der Berge und der Sonne. In der Nacht sah er die Königin Tamara. Die Königin kam aus ihrem Schloß zu ihm geflogen und sagte tollkühn: „Wir sind nun Nachbarn.“ „Mütterchen“, sagte Vater Fedor gefühlvoll, „nicht aus Hab-sucht...“ „Ich weiß, ich weiß“, bemerkte die Königin, „nur um den Willen deiner Frau zu erfüllen.“ „Woher wissen Sie das?“ wunderte sich Vater Fedor. „Ich weiß es. Besuchen Sie mich, Nachbar. Wir werden Karten spielen. Ja?“ Sie lachte und flog davon. Am dritten Tag begann Vater Fedor den Vögeln zu pre-digen. Aus wer weiß welchem Grunde riet er ihnen, zum lutherischen Glauben überzutreten. „Ihr Vögel“, sprach er mit volltönender Stimme zu ihnen, „beichtet öffentlich eure Sünden.“ Am vierten Tage wurde er unten bereits den Reisenden gezeigt. „Rechts das Schloß der Königin Tamara“, jagten die erfahrenen Führer, „und links steht ein lebendiger Mensch, man weiß nicht, wie er hingelommen ist und wovon er lebt.“ „Ein wildes Volk!“ staunten die Reisenden. „Kinder der Berge!“ Die Wolkten zogen vorbei. Adler kreuzten über Vater Fedors Haupt. Der Kühnste unter ihnen stahl den Rest der Touristenwurst und segte mit einem Flügel Schlag das Stüd Brot in den schäumenden Terek. Vater Fedor drohte dem Adler mit dem Finger und lächelte scheinisch. Nach zehn Tagen erschien aus Wladikawlas die Feuer-

wehr mit ihrem Wagen und den nötigen Behelfen und holte Vater Fedor von der Felsplatte herunter.

Während man sich um ihn bemühte, suchte er ununter-brochen mit den Händen und sang mit schriller Stimme.

Man schaffte den lachenden Priester auf dem Feuerwehr-wagen ins Irrenhaus.

Das Erdbeben.

„Was glauben Sie, Vorsitzender“, fragte Ostap, als sie sich dem Dorfe Sioni näherten, „womit könnte man in dieser traurigen Gegend, die zweitausend Meiler über dem Meeres-spiegel liegt, Geld verdienen?“

Worobjew schwieg. Die einzige Art, auf welche er Geld zu verdienen imstande war, war Betteln, hier aber, in den Bergen, war niemand, bei dem er hätte betteln können.

Und doch wurde auch hier gebettelt — nur in einer ganz besonderen Art. An jeden vorbeifahrenden Autobus, an jedes Privatauto ließen Kinder heran und führten vor dem in Be-wegung befindlichen Publikum einige Tanzschritte des kau-kasischen Nationaltanzes Vezginka aus. Dann ließen sie dem Auto nach und schrien: „Gebt Geld her! Geld her!“

Die Reisenden warfen ihnen Kupfermünzen zu und dann ging es weiter, den Kreuzpaz hinan.

„Eine heilige Sache“, sagte Ostap. „Man braucht kein Betriebskapital, der Gewinn ist nicht groß, aber sehr zu schätzen.“

Gegen zwei Uhr des zweiten Reisetages tanzte Worobjew unter der Aufsicht des großen Kombinator vor den Vorbei-fahrenden seinen ersten Tanz. Dieser Tanz war so etwas wie eine Mazurka, die Reisenden aber, benommen von der Schön-heit des Kaukasus, glaubten, es sei die Vezginka und belohnten die Vorführung mit fünfzehn Kopeten. Vor dem nächsten Fahrzeug, das ein Autobus war, der von Tiflis nach Wladikawlas fuhr, tanzte und sprang der technische Direktor selbst. „Geld her! Geld her!“ schrie er böse.

Die belustigten Passagiere belohnten ihn reichlich für seine Sprünge. Ostap sammelte im Staube der Straßen dreißig Kopeten. Da setzte aber plötzlich ein Steinbagel ein, verursacht von den Sioni-Kindern, die sich über die Konkurrenz ärgerten. Mit raschen Schritten flüchteten die Konzeßionäre ins nächste Dorf, wo sie das verdiente Geld gegen Brot und Käse ein-tauschten.

Derart beschäftigt, verbrachten die Konzeßionäre ihre Tage. Sie übernachteten in den Berghütten. Am vierten Tage stiegen sie die im Zickzack laufende Straße in das Raj-

schaurtal hinab. Hier strahlte heiße Sonne und die Knochen des Kompagnons, die noch von der Kälte auf dem Kreuzpaz steif waren, erwärmten sich rasch.

Jetzt wurde es den Konzeßionären behaglich zumute und so schritten sie kräftiger aus.

Gegen Mittag kamen die Reisenden nach Mzhet, der antiken Hauptstadt von Grusien. Hier befreundeten sie sich mit einem Bauer, der sie auf seinem Wagen gegen 11 Uhr abends nach Tiflis brachte, zu einer Stunde, da die Kühle des Abends die nach einem schwülen Tag ermatteten Stadt-bewohner auf die Straße lockte.

„Das Städtchen ist nicht schlecht“, sagte Ostap, als sie auf die Straße Schota Kustawelli herauskamen. „Wissen Sie, Kissa...“ Ohne den Satz zu beenden, stürzte Ostap plötzlich einem Bürger nach, holte ihn mit ein paar Sätzen ein und begann lebhaft auf ihn einzusprechen. Dann kehrte er rasch zurück und verfechte Worobjew mit dem Finger einen Stoß in die Seite.

„Wissen Sie, wer das ist?“ küsterte er hastig. „Das ist der Bürger Kisjarsti, kommen Sie mit. Es ist paradox, aber ich kann mir nicht helfen, jetzt sind Sie wieder der Riese des Gedankens und der Vater der russischen Demokratie. Ver-gessen Sie nicht, die Wangen aufzublasen! Teufel noch ein-mal, welch ein Zufall! Ein Glück! Wenn ich nicht fünfhundert Rubel aus ihm herausbekomme, können Sie mir ins Gesicht spucken! Und jetzt gehen wir! Gehen wir!“

Und tatsächlich stand, nicht weit von den Konzeßionären, der vor Schrecken milchblaue Kisjarsti da, in rohleidnem Anzug und Strohhut.

„Ich glaube, Sie kennen einander“, sagte Ostap im Flüsterton. „Hier ist sie, die Persönlichkeit, die dem Jaren nahegestanden ist, hier steht er, der Riese des Gedankens und Vater der russischen Demokratie. Bitte, adten Sie nicht auf seinen Anzug — das hängt mit der Konspiration zusammen. Fahren wir sofort irgendwohin, es gibt Wichtiges zu be-sprechen.“

Kisjarsti war ganz niedergedrückt. Er ließ die schred-lichen Bekannten in einen eleganten Wagen einsteigen und brachte sie zum Berg Dawid. Sie fuhren mit der Drahtseil-bahn in ein Restaurant auf dem Gipfel des Berges. Tiflis mit seinen tausend Lichtern blieb tief unter ihnen. Die Ber-schwörer stiegen direkt zu den Sternen empor.

(Fortsetzung folgt.)

Der Sturz auf die Trompete.

Schadenersatzklage eines Musikers.

Die Künstlerkammer des Arbeitsgerichts hat oft seltsame Dinge zu behandeln. Komisch und tragisch zugleich war ein Fall, mit dem sie sich gestern beschäftigte.

In einem der größten Berliner Varietés war die gemohnte allabendliche Galavorstellung. Auf einem fünf Meter hohen Trapez zeigte ein Artist seine Kunst. Der Beifall rauschte, die Musik spielte, aber ein Augenblick trat ein, in dem der Mann in der Höhe die Nerven verlor. Er verpaßte den Anschlag und landete in kühnem Bogen mitten im Orchester. Ein Trompeter war der Leidtragende. Auf seinem Instrument landete der Artist, und das Instrument, das der Musiker eben noch handhabte, schlug ihm so kräftig in die Zähne, daß mehrere von ihnen gelockert wurden. Das alles wäre ein peinlicher Zwischenfall geblieben, wenn nicht der Trompeter sich so starke Verletzungen zugezogen hätte, daß er jetzt in der Ausübung seines Berufes beeinträchtigt ist. Die Sache selbst war an dem Abend vom Publikum nach dem ersten Schrecken gar nicht ernst aufgefaßt worden, ja, etliche sahen in dem plötzlichen Sturz des Künstlers sogar einen besonderen Trick und lachten aus vollem Halse, während in Wahrheit Menschenleben in Gefahr waren. Der Trompeter strengte mit gutem Recht eine Schadenersatzklage vor dem Arbeitsgericht an und nach langen Mühen brachte der Vorsitzende einen Vergleich zustande. Vorläufig wird sich der schwer geschädigte Musiker mit 250 Mark Entschädigung begnügen, er hat sich aber vernünftigerweise ausdrücklich das Recht des Widerrufs für den Fall bewahrt, daß er auf die Dauer an der Ausübung seines Berufes behindert ist.

In ein anderes Gebiet schlägt ein Fall, der demnächst das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigen wird. Er hat einen sehr viel übleren Hintergrund. Da taten sich ein Schauspieler, ein Innenarchitekt und ein Kaufmann zusammen und gründeten Filmgesellschaften. Es waren freilich Gesellschaften, hinter denen kaum ein roter Heller steckte. Aber sie

nahmen Kredite auf, stellten Wechsel und Schecks aus und schlossen Pachtverträge. Der eine hatte Anfang 1930 ein Postcheckkonto, das nur noch 15 Mark betrug. Aber munter wurden auf ausgegebene Schecks die höchsten Summen gefehlt. Da wurden Teppiche gekauft und Photographenapparate und dergleichen Dinge mehr, die aber immer sofort ins Verfallamt wanderten, um die Tagesausgaben der Direktoren zu bestreiten. Besonders dunkel ist es um zwei Silvesterbälle, bei denen mit allem Möglichen geschwindele wurde. Überall wurden Schulden gemacht, überall wurden Verträge abgeschlossen, aber niemals wurden die Verpflichtungen eingehalten. Das Gericht wird jetzt darüber zu entscheiden haben, inwieweit Kreditwindel und Betrug vorliegen.

Diplomat und Verkehrspolizist.

Ein peinlicher Zwischenfall.

Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es gestern nachmittag am Kurfürstendamm Ecke Wilmersdorfer Straße. Ein Privatautomobilist, der später als der ägyptische Gesandte festgestellt wurde, fuhr mit seinem Wagen über die Straßentrennung, ohne sich um das Lichtsignal zu kümmern, das auf „Halt“ zeigte. Dabei hätte der Gesandte beinahe einen anderen Wagen gerammt. Als der Verkehrspolizist daraufhin zur Feststellung der Personalien des rücksichtslosen Fahrers schreiten wollte, verweigerte er ihm die Papiere unter Hinweis darauf, daß er der ägyptische Gesandte sei. Als der Beamte dennoch die Papiere sehen wollte, schleuderte sie ihm der Gesandte ins Gesicht und verließ den Wagen, wobei er die Tür so heftig zuschlug, daß eine Scheibe zersplitterte. Während der Auseinandersetzung machte der Gesandte eine beleidigende Handbewegung, indem er sich mit der Hand vor die Stirn schlug.

Augenzeugen des Vorfalles bestätigen, daß sich der Beamte durchaus korrekt und höflich benommen hat.

Boden Gleichartiges zu schaffen. Jedoch dürfte als Auswirkung der Befestigung ein starker Auftrieb der genossenschaftlichen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten bei der amerikanischen sozialistischen Arbeiterschaft zu erwarten sein.

Ein Bombenflugzeug stürzt ab.

Schweres Unglück in der Tschechoslowakei.

Pardubitz, 4. August.

Ein Bombenflugzeug ist heute brennend auf die Chrudimer Spiritusbrennerei abgestürzt. Das Flugzeug fing in einer Höhe von etwa 2000 Metern Feuer.

Der Pilot, Korporal Steiner, sprang mit seinem Fallschirm ab. Er landete wohlbehalten unweit von Chrudim. Der Fallschirm des Beobachters, Leutnant Mlejnek, blieb am Steuer des Flugzeuges hängen, so daß der Leutnant mit dem brennenden Flugzeug noch etwa vier Minuten durch die Luft flog. Zweihundert Meter über der Chrudimer Spiritusbrennerei prallten die Tare des Fallschirms durch, Leutnant Mlejnek stürzte auf einen Behälter der Brennerei und fiel dann tot in den Garten. Das brennende Flugzeug ohne Besatzung stieß gegen die Wand des Spiritusmagazins, wobei es explodierte. Der Rumpf des Apparates flog etwa zwanzig Meter weit auf ein Holzmagazin, dessen Dach Feuer fing. Der Brand konnte durch die Feuerwehr gelöscht werden.

Irmgard Geyer als Leiche gefunden.

Eine tragische Aufklärung hat das Verschwinden der 2½ Jahre alten Irmgard Geyer gefunden, die, wie wiederholt berichtet wurde, seit dem Donnerstag vergangener Woche vermißt wurde. Das kleine Mädchen war in Begleitung seiner Tante nach einem Sport- und Spielplatz in Hönow hinausgefahren, in dessen Nähe der Mittel-See liegt. Während die Tante eingeschlafen war, hatte sich das Kind allein entfernt und war dann nicht mehr gesehen worden. Jetzt ist das Kind in dem See tot aufgefunden worden. Die Kriminalpolizei ist bemüht, da der Verdacht auf Mord besteht, die Todesursache aufzuklären. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß das Kind ins Wasser gefallen und ertrunken ist.

Wintergarten.

Im Wintergarten unterhält das russische Universalgenie Franky, besonders als Saxophonbläser, die Leute so gut, daß sie nicht genug bekommen können. Ueberhaupt ist für Musik gesorgt. Für die erste Serie steht sich mit verblüffender glänzender Technik der kindliche Robert Conche ein, für die wahrhaft volkstümliche das nett und wirkungsvoll singende Hoffänger-Septett. Dann ist Barbetta wieder da, die Frau, die keine Frau ist, was angeblich die Frauen selber sofort, die Männer zu ihrer Ueberraschung aber immer erst am Schluß merken. Barbetta tritt als ausgezeichnete Luftkünstlerin auf und was sie (er) an tollkühnen Sprüngen auf dem Drahtseil leistet, grenzt ans Wunderbare. Eine höchst tolle übermüthige Sache legt der Groteskomiker Riatna hin, der das wohl einzig in der Welt dastehende Kunststück fertig bekommt, die Kuh am Schwanz zu melken. Der Balanceakt der Prince, wobei der eine Partner sich frei auf dem Kopf

auf dem Trapez stehend wild im Kreis drehen läßt, ist erstklassig. Auch der mit vielen überraschenden Feinheiten ausgeführte Sprungakt der Vitali und Drive ist brillant. Die russische Bourla-Koff-Truppe tanzt ihre wilden Akrobatikstücke im Gesellschaftsanzug. Ernee und Max Venclos sind ausgezeichnete Vertreter des Bühnengesellschaftstanzes, während die drei schönen Schwestern Turia uns garantiert echt spanisch kommen. Insgesamt ein Sommerprogramm von hoher Klasse.

Preisverteilung auf der Bauausstellung

300 Ehrenpreise vom Reich, von Preußen und Berlin.

Mit dem am 2. August erfolgten Abschluß der Deutschen Bauausstellung hat auch das Preisgericht der Bauausstellung seine Arbeiten beendet. Es zerfiel in drei Gruppenpreisgerichte, und zwar 1. für die Abteilungen „Das Bauwerk unserer Zeit“ und „Die Wohnung unserer Zeit“; 2. für die Abteilung „Das neue Bauen“ einschließlich der Garagenabteilungen und 3. für die Abteilung „Der ländliche Siedlungsbau“. Insgesamt gelangten 300 gleichwertige Preise zur Verteilung, von denen in Anerkennung der allgemeinen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Reichsarbeitsminister 50 Preise, der Reichsbauwirtschaftsminister 100 Preise, der preussische Landwirtschaftsminister 50 Preise und die Stadt Berlin 100 Preise zur Verfügung gestellt hatten.

Kraftwagen stürzt ins Wasser.

17 Menschen in Amerika ums Leben gekommen.

Georgetown (Südkarolina), 4. August.

Ein dem Personenverkehr dienender Lastwagen fiel von einer Brücke in den Fluß Santee herab. Siebzehn Menschen ertranken, 15 Schwarze, zwei Weiße.

Unwetter über Düsseldorf.

Ein Mann vom Bliß erschlagen.

Ueber Düsseldorf und Umgebung ging in den Mittagstunden ein schweres Gewitter nieder, das etwa 1½ Stunden dauerte und große Wasserschäden verursachte. Durch einen Blißschlag wurde der Eisenbahndamm in der Siegburger Straße getroffen und beschädigt, und wäre es nicht gelungen, einen herannahenden Zug aufzuhalten, so hätte sich ein schweres Unglück ereignen können. In der Siedlung bei Holthausen wurde ein Mann, der sich auf einem Feldwege befand, von einem Blißschlag getötet. An einer anderen Stelle wurde die Lichtleitung von einem Bliß durchschlagen und ein Zimmerbrand verursacht.

Fünf Personen beim Baden ertrunken.

Der starke Badebetrieb, der bei dem drückend heißen Wetter gestern allorts in der Umgebung Berlins herrschte, hat wieder eine Reihe von Todesopfern gefordert. Im Teltowkanal ertrank der Rutscher Rudolf Geh aus der Marienthaler Straße 3 in Britz. Die Leiche des Mannes, der offenbar beim Schwimmen einem Herzschlag erlegen ist, wurde von der Feuerwehr geborgen. In der Krummen Lanke, unweit des Restaurants Onkel Toms Hütte, verlor außerhalb der Badeanstalt der 24jährige Schneidergeselle Herbert Kaskule aus der Dirlsenstraße 47 in Berlin. Der Ertrunkene wurde durch die Freiwillige Feuerwehr von Zehlendorf an Land geholt. Außerdem wurden in den Abendstunden Badenunfälle vom Müggelsee, aus Neu-Abthel und vom Wannensee gemeldet. In den drei Fällen sollen Lustflieger beim Baden ertrunken sein. Die Suche nach den Vermissten durch die Wasserpolizei und durch die Feuerwehr verlief jedoch ergebnislos.

Unsere Austauschschüler in Rheinsberg.

Die englischen, französischen und deutschen Schüler und Schülerinnen verließen gestern früh ihre Ferienheime in Berlin-Hermsdorf und in Hohenlychen zu einem gemeinsamen Ausflug nach dem schönen Rheinsberg. Nach einem gemeinsamen Mittagessen, bei dem Oberstudienrat Dr. Schwarz die junge Schar und die Lehrerschaft begrüßte und auf die Bedeutung des Tages — es lagen dort junge Menschen dreier Nationen am Tisch — und den Zweck des Ausflugs hingewiesen hatte, wurde eine mehrstündige Besichtigung der historischen Stätten Rheinsbergs, der Stadt selbst und ihrer herrlichen Seen- und waldreichen Umgebung vorgenommen. Am Abend fand im Katscheller ein geselliges Zusammensein als Abschluß des frohen und ereignisreichen Tages statt. Die Schüler dankten aus ihrer Mitte heraus für die genossenschaftliche Gastfreundschaft und brachten zum Ausdruck, daß die Tage und Wochen als Gäste der Reichshauptstadt ihnen unvergeßlich bleiben würden.

Der überpünktliche Hering.

Die Heringschwärme sind diesmal früher als in den Vorjahren an der Ostseeküste eingetroffen. Die deutschen Fischer haben zur Zeit alle Hände voll zu tun, um den überreichen Heringsfang des Ostseefisches 1931 zu bewältigen.

Zeppelin-Aktionsfahrt im Planetarium. Arthur Köstler, der einzige Berichterstatter beim Flug des „Graf Zeppelin“ in die Arktis, wird vom Mittwoch, dem 5. August, ab täglich (außer Montags) um 19 Uhr im Planetarium (am Zoo) über „Ergebnisse über der Arktis“ sprechen. Der Vortrag ist von Lichtbildern begleitet.

Auto zum Antivolksentscheid.

Beitrag aus Graal zur „Rot der Ostseebäder“.

Man schreibt uns:

Die Baderverwaltungen der Ostseebäder klagen über den schlechten Besuch der Bäder. Wie politisch einseitig manche Baderverwaltung glaubt vorgehen zu können, beweist ein gedrucktes Plakat, das im Ostseebad Graal angeschlagen wurde:

Ostseebad und Waldluftort Graal.

Am 9. August findet in Preußen der Volksentscheid statt. Die Baderverwaltung Graal stellt den wahlberechtigten Kurgästen am 9. August kostenlos ein Auto nach dem am nächsten gelegenen preussischen Ort Damgarten zur Verfügung. Anmeldungen in der Baderverwaltung.

Unter den zahlreichen republikanischen Kurgästen wurde das Vorgehen der Baderverwaltung als unerhört empfunden. Hier in Graal befindet sich das große Erholungsheim der Berliner Straßenbahner (Betriebskrankenkasse der Berliner Verkehrs-Gesellschaft) und die Ferienheimstätten-Genossenschaft „Gutenberg“ Berlin. Es dürfte nicht schaden, wenn sowohl der Magistrat von Berlin, wie auch der Vorstand der „Gutenberg“-Genossenschaft der Baderverwaltung begreiflich macht, daß die Gelder ihrer Mitglieder, die durch die Kurtagel eingehen, nicht für politische Zwecke zu verwenden sind. Die VSBG zahlt für etwa 700 Straßenbahner jedes Jahr Kurtagel. Da Graal zu Mecklenburg-Schwerin gehört, sollte sich die Baderverwaltung weniger um den Nazi- und Stahlhelm-Volksentscheid in Preußen kümmern, sondern Strand und Wege verbessern. In der Lesehalle ist z. B. keine einzige sozialdemokratische Zeitung ausgelegt. Eine Baderverwaltung, die auf der Höhe ist, sollte jede politische Partei berücksichtigen; weder der „Vorwärts“, noch beispielsweise das „Berliner Tageblatt“ liegt aus.

Viele Republikaner werden sich die Einstellung dieser Baderverwaltung merken.

Amerikanische Gäste im Konsum.

50 Deutschamerikaner, zumeist Mitglieder der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, stellten der Berliner „Genossenschaftsstadt“ in Lichtenberg am gestrigen Vormittag einen Besuch ab, um die größte Verbraucherorganisation Deutschlands in ihrem Schaffen und Wirken kennenzulernen. Eingehend wurde vor allem die moderne Fleisch- und Wurstwarenfabrik in Lugenschein genommen, wobei insbesondere die vorbildlichen sanitären und hygienischen Einrichtungen anerkennende Äußerungen auslösten. Von Lichtenberg wurden die Gäste nach der neuen Großbäckerei der Konsumgenossenschaft Berlin in Spandau-Hafelhorst geführt, wo die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiet der Backwarenherstellung, wie Rannmehl-Brotbacköfen und Turmsofen für Kleingebäck, zur Anwendung gebracht sind. Amerika wird allgemein als das Land des technischen Fortschritts gepriesen — die amerikanischen Freunde bekannten indes freimüthig, daß Betriebe in derartigem Ausmaß und vor allem mit so muster-gültigen Fabrikationseinrichtungen in U.S.A. kaum zu finden sind. Befragt wurde, daß es der amerikanischen Arbeiterbewegung bisher noch nicht gelungen sei, auf genossenschaftlichem

Qualitätswaren und noch und noch billiger!

Tournay Gew. 170 x 240 Spezial 45.- 22.50
Tournay Gew. 200 x 300 Uschakmüster 65.- 32.50
Wollperser 125 x 210, hochflorig 37.50 15.75

Zum Saison-Ausverkauf ab 1.8. bis

Pa. Velour 200x330, dicht u. fest 150.- 90.-
Haargarn Ia 200 x 300, reine Ware 45.00 34.70
Haargarn 200 x 300, gute Must. 64.- 43.-

Haargarnläufer Ia, 98 cm br., strapazierf. 8.50 3.50
Haargarn 88 cm br., Auslegeware 8.50 3.50
Velourläufer einfarbig, 88 cm breit Markenware... 12.- 8.-

Cocostläufer 87 cm breit, alt bewährt 2.76 1.35
Quantoleumläufer 88 cm, abwaschbar 2.76 1.30
Quantoleum-Reste gemustert, Stück von 0.50 an

50% herabgesetzt

Mengenabgabe vorbehalten Soweit Vorrat

QUANTMEYER

WILHELMSTR. 55
LEICKE AN DER LEIPZIGER STR.

In den Maschen des Strafgesetzes

mit Leitfaden für Schöffen u. Geschworene. Von Rechtsanwalt Dr. Tichauer, M. 3., - gbd. Eine volkstümliche Darstellung für jedermann. Zu beziehen durch J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin SW, Lindenstr. 2, Abl. Sortiment und sämtliche Vorwärts-Speditionen

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und billig!

Kampf dem neuen Brotwucher.

Stürzende Getreidepreise — hohe Brotpreise. — Kommunisten in der Bacherfront.

Ueber den Pfeilen in der Industrie und der Bankwelt, über Devisen- und Kapitalfluchtnotverordnungen und über dem kommunistischen Theater gelegentlich des Volksentscheids in Preussen, hat die breite Öffentlichkeit offenbar vergessen, daß man erst vor einigen Monaten einen hartnäckigen Kampf um den Brotpreis führte. Manches wird, jetzt daran erinnert, fragen: Was ist denn eigentlich aus diesem Brotpreiskampf geworden? Die Antwort lautet kurz und bündig:

Die Getreidepreise sind um 50 bis 60 Mark pro Tonne gefallen, der Brotpreis aber steht dort, wo er stand, und das ehrsame Bäckergerwebe steckt Sonderprofite ein, die monatlich in die Millionen gehen.

Jedesmal gehen in der zweiten Hälfte des Getreidejahres, also in der Zeit von Januar bis etwa Juli, die Getreidepreise in die Höhe. Die Vorräte gehen zur Neige und das sich vertnappende Angebot bedingt eben höhere Preise. Dieses Mal kletterten die Preise ganz besonders in die Höhe, weil der Reichsernährungsminister Schiele, der Vertrauensmann der Großagrarier, die ganze Bewegung mit politischen Mitteln förderte. So hintertrieb Schiele die Getreidezollermäßigung und wehrte sich gegen eine penigende Einfuhr von Brotgetreide. Das ging bis in den Monat Juni hinein gut.

Dann trat ein starkes Fallen der Getreidepreise ein. Sicherlich hat die Finanzkatastrophe in Deutschland die Dinge auf den Getreidemärkten beeinflusst. Die Mühlen können sich nicht mit größeren Vorräten eindecken, weil der Zinsfuß, was sich aus der ganzen finanziellen Misere so erklärt, zu hoch, und weil die Lage an den Getreidemärkten zu unübersichtlich ist. Zum anderen stößt das Mehlgeschäft.

Die Tatsache, daß infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzung der Verbraucher in Deutschland enger geschnallt werden muß, wirkt sich auf den Mehl- und Getreideabfuhr aus.

Man soll gerade die Landwirtschaft einmal an diese Dinge erinnern. Selbstverständlich ist der Getreidepreisturz in Deutschland keine Sondererscheinung. Die Getreidepreise auf den Weltmärkten sind noch mehr gefallen. Der Juliweizen wurde in Chicago so niedrig notiert, wie noch nie seit dem Jahre 1894. Das Reichsernährungsministerium mag mit politischen Mitteln in diese Entwicklung eingreifen wollen; es wird sich zeigen, daß

sich das Getreide der Preiskatastrophe auf den Weltmärkten ebensowenig entziehen kann, wie die Baumwolle, wie Kupfer, Zinner, Gummi und andere Rohstoffe.

Die politischen Mittel werden nur zur Folge haben, daß die notwendige Anpassung an das Weltmarktniveau später erfolgt und die daraus resultierende Krise verlängert wird. Vor allem soll sich der Reichsernährungsminister einmal darüber klar werden, daß angesichts einer solchen Entwicklung keine überhöhten Getreidepreise einfach Hunsjag und Popanz sind.

Ueber die Entwicklung der Getreidepreise an der Berliner Börse geben wir folgende Uebersicht:

	30. Mai 1931	4. August 1931
(Notierungen für eine Tonne in Reichsmark an der Berliner Börse an märkischer Station)		
Weizen	272—274	188—190
Roggen	198—200	139—140
Weizenmehl *)	33,00—33,25	25,50—35,00
Roggenmehl *)	26,05—28,05	20,50—24,00

*) 100 kg frei Berlin inkl. Cost.

Der Preisturz ist gewaltig. Das mag daraus hervorgehen, daß wir gegenwärtig seit 1924 den niedrigsten Roggenpreis haben. Hier müssen aber die Preise auf den Weltmärkten berücksichtigt werden. Nehmen wir z. B. die Preise für amerikanische Weizenmittelsorten, so ergibt sich ein Preis ab Hamburg ohne Zoll, der noch unter 90 Mark liegt. Südrussischer Roggen, der in der Qualität besser ist als der deutsche Roggen, wird, immer pro Tonne, für nicht ganz 63 Mark angeboten. Wir können also feststellen,

daß die deutschen Getreidepreise infolge der Zölle immer noch doppelt so hoch sind als die Weltmarktpreise.

Wie haben nun die Mehl- und die Brotpreise auf diese gewaltige Erschütterung reagiert? Wie unsere Aufstellung ergibt, ist der Mehlpreis im Begriff, sich den Getreidepreisen anzupassen. Wie können heute nur sagen, daß, trotzdem genügend Zeit für die Anpassung vorhanden war, wir z. B. einen Roggenmehlpreis haben, der einem Getreidepreis von etwa 150 Mark entspricht. Man hat die Preisbewegung ganz genau zu verfolgen, um hier einem drohenden Wucher Einhalt zu tun, und mancher Mann und manche Frau in Dorf und Stadt, die nun einmal radikalsten Anwandlungen huldigen, täten besser, wenn sie am nächsten Sonntag, dem Tag des kommunistisch-nationalsozialistischen Volksentscheids, einmal gründlich die Getreide- und Brotpreise studieren wollten, anstatt mit ihrem Stimmzettel den Brotwucher zu fördern.

Denn der Brotpreiswucher blüht wie nie zuvor.

In Berlin kostet das Brot gegenwärtig 38,5 Pfennig pro Kilogramm. Nach den gegenwärtigen Mehlpreisen, die sich aber noch nicht den Getreidepreisen angepaßt haben, dürfte das Brot pro Kilogramm höchstens nur 35 Pfennig kosten. Das Kilogramm Brot wird gegenwärtig mindestens mit 3,5 Pfennig zu teuer bezahlt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, und man kann sich schon vorstellen, daß gewisse

Kreise an einer politischen Unruhe größtes Interesse haben, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht auf diese Dinge hizu lenken.

Machen wir uns mal ein Bild von den Profiten, die der neue Brotwucher erbringt. Man kann annehmen, daß der städtische Verbrauch an Brot monatlich etwa 250 000 Tonnen beträgt.

Rechnen wir nur, daß der gegenwärtige Sonderprofit der Bäcker, Brotsfabriken usw. 3 Pfennig pro Kilogramm im Durchschnitt für das ganze Reich ausmacht, so ergibt sich pro Monat für Deutschland ein Wuchergewinn von 750 000 000 Pfennig. Das heißt mit anderen Worten: der gegenwärtige überhöhte Brotpreis bedeutet für das Bäckergerwebe einen Extraprofit von monatlich 7,5 Millionen Mark.

Daß die Regierung hier mit allen Mitteln einschreiten muß, ist selbstverständlich, und die Kommunisten, die sich jetzt für die Ideale der alten wilhelminischen Zeit einspannen lassen und mit Hakenkreuz und Stahlhelm gemeinsam gehen, täten gut, sich wieder daran zu erinnern, was der Brotpreis für die Arbeiterfamilie in Deutschland bedeutet.

Französisches Kapital in Osteuropa.

Der Rüstungskonzern Schneider-Creusot als Schrittmacher.

Der französische Schneider-Creusot-Konzern, Europas größtes Rüstungsunternehmen, hat in den letzten Tagen seine industriellen Nachstellungen in Osteuropa aufs neue erweitert. Bemerkenswert ist sein Eindringen in die Wirtschaft Lettlands, denn bisher waren die Einflüsse des französischen Kapitals in den eigentlichen Randstaaten im allgemeinen nur gering. Das lettische Parlament hat dieser Tage die Rigaer Regierung ermächtigt, eine Anleihe von 30 Millionen Lat (etwa 24 Millionen Mark) aufzunehmen, wovon ein Drittel in bar und die restlichen zwei Drittel in Form von Warenlieferungen gegeben werden sollen. Kreditgeber ist die Gruppe Schneider-Creusot, zu der die französische Großbank „Union Parisienne“ gehört, woraus zu schließen ist, daß es sich in der Hauptsache um Lieferungen dieses Konzerns handeln wird.

Eine zweite wichtige Eroberung wird aus Polen gemeldet. Bekanntlich hat Schneider-Creusot gemeinsam mit der „Union Parisienne“ und einer Reihe weiterer französischer Banken vor einigen Monaten die französisch-polnische Bahngesellschaft gegründet, die die große polnische Nord-Südbahn von der Ostküste bis nach dem oberschlesischen Industriegebiet fertigstellen und betreiben soll. Da nun die Lieferungen für den restlichen Bahnbau von polnischen Unternehmungen geleitet werden sollen, so hat Schneider-Creusot dieser Tage auf die ehemals deutsche Friedenshütte (Ballestrem) Einfluß genommen.

Diese Gesellschaft, die ihren Sitz in Kattowitz hat und mit einem Aktienkapital von 70 Millionen Floty (knapp 35 Millionen Mark) arbeitet, besitzt in der Nähe der deutschen Grenze Hochöfen, Stahlwerke, Walzwerke, Radfabriken, auch Kohlengruben, Kokeranlagen und hat insgesamt etwa 15 000 Beschäftigte. Außerdem ist die Friedenshütte an einigen weiteren Unternehmungen beteiligt, u. a. zu 50 Proz. am Kapital der Ferrum-Gesellschaft, die ihrerseits die Maschinenfabrik Ziemenski kontrolliert. 30 Proz. des Aktienkapitals sind in deutschen Händen, und zwar bei der mit 28 Millionen Mark Aktienkapital ausgestatteten Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.G. Die restlichen 70 Proz. befinden sich bei der Gräflich-von-Ballestrem'schen Verwaltung.

Die französische Einflussnahme geschieht nun zunächst in der Form, daß die Schneider-Gruppe der Friedenshütte einen Kredit in Höhe von 20 Millionen Floty einräumt. Möglicherweise wird später dieser Betrag in Aktien umgewandelt, so daß dann eine unmittelbare Kapitalbeteiligung stattfinden wird.

Uebrigens war Schneider schon früher an einem polnischen Montanunternehmen beteiligt, nämlich an der Huta-Banowa, deren Aktienkapital von der „Union Européenne“ kontrolliert wird, einer Dachgesellschaft, an der neben Schneider auch die „Union Parisienne“ beteiligt ist. Diese Gesellschaft kontrolliert bekanntlich in der Tschechoslowakei die Stoba-Werke.

Es gehört auch in die Reihe dieser Eroberungen, daß sich die „Union Parisienne“ dieser Tage in Ungarn stärker festgesetzt hat. Ihr dortiger Einfluß beschränkte sich darauf, daß die erwähnte „Union Européenne“ an der größten ungarischen Bank, der Ungarischen Allgemeinen Creditbank, beteiligt ist. Wie jetzt gemeldet wird, hat sich diese Bank jetzt an der von Ungarn ausgenommenen Schatzwechselanleihe im Gesamtbetrag von 140 Millionen Mark mit 56 Millionen Mark beteiligt; den Rest (84 Millionen Mark) hat das Londoner Bankhaus M. R. Rothschild übernommen. Die Mitwirkung der französischen Gruppe an dieser Anleihe ist von politischen Konzeptionen Ungarns abhängig gemacht worden, über die bisher Einzelheiten noch nicht vorliegen.

Die große Aktivität der Gruppe Schneider-Creusot und „Union Parisienne“ gerade in der gegenwärtigen Zeit ist auf alle Fälle ein sehr beachtlicher Vorgang, denn das weitere Eindringen dieser wichtigen französischen Unternehmungen verstärkt natürlich die wirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Länder vom französischen Kapital. Diese Expansionsmaßnahmen sind freilich weit entfernt von jenem Kapitalexploit, der die mittel- und osteuropäische Wirtschaft von der heute so gewaltigen Kapitalkraft Frankreichs erwarten könnte; denn sie stehen im Zeichen der französischen Bündnispolitik mit einzelnen Osteuropastaaten und tragen, solange sich die französische Kapitalhergabe in dieser Richtung konzentriert, zur politischen Beruhigung Europas kaum bei.

Der Devaheim-Skandal.

Die Innere Mission hat die Verantwortung!

Der Zentralauschuß für Innere Mission machte der Presse Angaben über den Stand der Devaheim-Angelegenheit. Wenn der Zentralauschuß eine Trennung von Devaheim und Devaheim-Konzern vorzunehmen suchte in der Weise, daß er die Verantwortung zwar für Devaheim, aber nicht für die Konzerngesellschaften von Devaheim-Baugenossenschaft des Deutschen Evangelischen Volksbundes, Rülheim und Deutsche Entschuldigungs- und Zweckpar-A.G. (Deuzag) — trage, so ist das vielleicht formaljuristisch richtig. Moralisch trägt der Zentralauschuß auch die Verantwortung für die Geschäfte dieser Gesellschaften, zumal dieselben Mitglieder des Zentralauschußes in den Aufsichtsräten aller Gesellschaften saßen (wenn auch nur bei Devaheim „als Vertreter des Zentralauschußes“).

Wie weit die Vertreter im Aufsichtsrat ihre Pflichten verletzt haben, wie weit sie getäuscht wurden, wird hoffentlich die Untersuchung des Staatsanwalts ergeben. Von etwa 20 000 Sparern wurden 16,5 Millionen Mark Spargelder eingezahlt; davon sind nur 10,37 Millionen Mark als Baugelder zugeteilt worden. Die fehlenden 6 Millionen Mark sind der Baugenossenschaft als Kredite zugeflossen, die damit eine große Bautätigkeit entfaltete. Auch 3 Millionen Mark Bankkredite, die Devaheim ausnahm, sind zur Finanzierung von Bauausführungen der Baugenossenschaft verwandt worden. Was von diesen Geldern zurückfließen wird, ist außerordentlich zweifelhaft.

Zur Aufbringung der verbauten 6 Millionen Mark Spargelder hat die Innere Mission eine „Notgemeinschaft“ gegründet, in der sich die 4000 Anstalten und Vereine der Inneren Mission zusammengeschlossen haben. Die Geschäfte der Devaheim-Deuzag soll die Zentralbausparkasse weiterführen. Die Verluste wurden auf etwa 1,5 bis 2 Millionen Mark beziffert. Der einmalige Untostenbeitrag ist auf 2 Proz. erhöht worden, den man von den eingezahlten Beträgen abbuchen will. Diese Erhöhung macht bei einer Gesamtsparkasse von 150 bis 200 Millionen Mark einen Millionenbetrag aus; ohne die Erhöhung wären also die Verluste entsprechend höher.

Es scheint sich zu bestätigen, daß die wenigen Sparer mit

hohen Summen bevorzugt wurden. Dabei scheinen auch prominente Vertreter der Inneren Mission die Devaheim-Deuzag für allerlei Zwecke (wenn auch nicht für ihren eigenen Vorteil), als Finanzierungsinstitut benutzt zu haben.

Kupferpreis nochmals herabgesetzt.

Das Internationale Kupferkartell hat den Preis für ein englisches Pfund Kupfer auf 8 Dollar-Cents herabsetzen müssen. Das ist der niedrigste Kupferpreis, der je notiert wurde.

Diskonterhöhung in Prag. Die tschechoslowakische Nationalbank hat den Diskontsatz mit Gültigkeit vom 5. August von 4 auf 5 Prozent erhöht.

Änderung des Handelsgesetzbuches durch Notverordnung. Durch Notverordnung vom 1. August ist der § 240 des Handelsgesetzbuchs, Abs. 2 Satz 1 abgeändert worden. Aktiengesellschaften haben danach die Eröffnung des Konturs oder Vergleichsverfahrens binnen drei Wochen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder nach Feststellung der Unterbilanz zu beantragen.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wird für den Monat Juli auf 5,2 Millionen geschätzt, was gegenüber dem Stand vom 22. Juni eine Zunahme von 175 000 bedeutet. Der Präsident der amerikanischen Federation of Labour, Green, ist der Ansicht, daß sich die Zahl der Arbeitslosen auf 7 Millionen erhöhen würde, wenn die Wirtschaftslage sich nicht bald bessere.

Wenn Ihr Blondhaar immer dunkler wird, dann waschen Sie es regelmäßig mit dem neuen Spezial-Shampoo: Schwarzkopf „Extra-Blond“ mit Haarglanz und Schaumbürste. Schwarzkopf „Extra-Blond“ reinigt das Haar und gibt ihm allmählich den alten natürlichen blondton zurück. Nachspülen mit „Haarglanz“ sorgt für Gesundheit und schimmernden Goldglanz. Die Schaumbürste ermöglicht die Haarwäsche mit offenen Augen, eine sehr zu schätzende Annehmlichkeit! Sie erhalten „Extra-Blond“ zu 30 Pfg. überall dort, wo „Schwarzkopf-Extra“ (hell und dunkel) vorrätig ist. Die richtige Packung erkennen Sie an dem roten Aufdruck „Extra-Blond“.

Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Pfostort für die Herren!

DAS GROSSE RUNDE
SCHNEEWEISSE
SEIFENSTÜCK
NUR NOCH 65g

4. Aug. 1931, abds.



Wolklos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Regen, Orkan, Schnee, Nebel, Gewitter, Windstille

Auch am Dienstag dauerte im größeren Teil Deutschlands das hochsommerlich warme Wetter fort. Die Temperaturen stiegen bei heiterem Himmel vielfach über 30 Grad.

Wetterausichten für Berlin: Weiterhin trocken und heiter bei mäßigen nordöstlichen Winden, Temperaturen nicht mehr so hoch wie bisher.

Sport.

Traubrennen zu Ruhleben am 4. August.

August-Rennen: 1. Circus (W. Finn); 2. Roffeter; 3. Kreuzträger. Toto: 10:10. Platz: 15, 18, 20:10. Ferner liefen: Felicitas, Solo Druzen, Amalofumbo, Parisier, Trifolium, Elmänger, Preba, Königsborn.

Jugendpreis: 1. Dornwart (Ch. Wills); 2. Nimi B.; 3. Coax Raib. Toto: 17:10. Platz: 11, 14, 18:10. Ferner liefen: Monarchie, Hermann Almers, David Tellen, Adria, Bedinade, Herz-Merlebe, Coax Tube.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe! Heute, Mittwoch, 5. August: 2. Kreis. Die jungen Genossen betätigen sich an dem Informationsabend der SED.

Morgen, Donnerstag, 6. August: 11. WM. Funktionsaufstellung bei Berger, Dorotheenstr. 21. Auch die arbeitenden Genossen, bis zum Wahlort einstellt sind, müssen erscheinen.

Freitag, 7. August: 13. Kreis. Die Genossinnen und Genossen nahmen an der Versammlung in der Hochschulstraße, Goethestr. teil.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Kreis-Konferenz. Wir benötigen Quartiere für zwei vierköpfige Familien.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Abteilungsmitgliederversammlungen heute, 19 1/2 Uhr: Gehobener Kreis: Christmannstr. 35. - Gefährdeten (R.-F.): Götterberger Str. 2.

Kranke der Blok I und II: 18 Uhr Spielen, anschließend Flugblätterverteilung. - Haus der Arbeiter: 18 Uhr Spielen, anschließend Flugblätterverteilung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Gesellschaftsabend: Berlin SW 14, Seebuckstr. 37-38. 2. Teil. Mittwoch, 5. August. 19 Uhr. 1. Kameradschaftsabend. 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Schmidt, Wilmersdorfer Str. 2.

Gesellschaftsabend: Berlin SW 14, Seebuckstr. 37-38. 2. Teil. Freitag, 7. August. 19 Uhr. 1. Kameradschaftsabend. 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Schmidt, Wilmersdorfer Str. 2.

Bandenmusik der Schleswig-Holsteiner in Berlin (1930). Gesellschaftsabend: 5. 14. Feinestr. 61. Donnerstag, 6. August, 20 Uhr. Preisener Carven, Preisener Str. 45.

Sturmabteilung, Ringstr. 46. Freitag, 7. August, 19 1/2 Uhr. Monatsversammlung bei Brandenburg, Berlin C. 2. Seelauer Str. 3-4.

Centralverband der Arbeiterinhalten und Witwen Deutschlands. Gau Groß-Berlin. Gesellschaftsabend: Berlin SW 7, Wilmersdorfer Str. 49.

Gartenfest im Lunapark. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Lunapark ein großes Gartenfest mit einem „10-Stunden-Programm ohne Pause“.

Die Männer sollten es einfach nicht zulassen - daß sich ihre Frauen jeden Tag beim Geschirraufräumen und Spülen für nichts und wieder nichts abspülen.

Advertisement for Gadiel's Season-Ausverkauf. Text: Es geht weiter! Gadiel's Saison-Ausverkauf. der kühnste und größte Verkauf seit Jahren, bringt heute neue Beispiele, zu welchen märchenhaft niedrigen Preisen vorzügliche Qualitätswaren bei uns zu haben sind.

Advertisement for Gadiel's clothing store. Text: Leopold Gadiel Das Haus für grosse Weiten. In dem riesenhaften Lager für Winter-Mäntel steht eine ungeheure Fülle schöner Mäntel mit und ohne Pelzwerk zu ganz tief gesenkten Preisen zum Verkauf.

ziehung und wären von der Erschütterung unmittelbar und drastisch betroffen worden. Das besondere Eingreifen der Reichsregierung in diesem Fall war eine ausgesprochene Mittelstandsmaßnahme.

Die Bankentontrolle angefündigt.

Selbstverständlich kann die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechts vorzubereiten. Diese Erklärung bedeutet keinen Schlag gegen das freie Bankgewerbe. Aber nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.

Und nun zum Schluß noch eine Antwort auf viele öffentlich und privat an mich gestellte Fragen: Die Reichsregierung nimmt nicht die Unfehlbarkeit für sich in Anspruch. Sie ist in diesen entscheidungsvollen Wochen und Monaten, in denen sich oft in Stunden die Lage änderte, die Entscheidungen sich häuften, bestrebt gewesen, in allen Punkten das Beste zu tun, aber sie behauptet nicht, daß es ihr in allen Augenblicken gelungen ist. Für die Aufgaben und Entscheidungen, vor die sie sich gestellt sah, gibt es in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele. In solchen Zeiten hat es sich regelmäßig als besser erwiesen, rechtzeitig zu handeln, als in dem unerfüllbaren Bestreben, das theoretisch Vollkommene zu erreichen, zu zögern und die Stunde zu verjahren.

Alles in allem genommen ist das Ziel jedenfalls erreicht, daß von morgen ab die Voraussetzungen für einen normalen Wirtschaftskreislauf der Güter und des Geldes gegeben sind. Notwendig ist nunmehr, daß sich das Vertrauen, die unentbehrliche Ergänzung aller technischen Maßnahmen, stärke und endgültig beseitige. Hierzu kann jeder von Ihnen beitragen. Da es ist die Pflicht jedes einzelnen, es zu tun mit Rücksicht auf unser eigenes Land und mit Rücksicht auf unser Ansehen dem Ausland gegenüber. Eine große ausländische Finanzhilfe ist, wie ich schon sagte, im Augenblick außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Was für die Stunde gilt, braucht aber nicht auf die Dauer zu gelten. Fremde Hilfe erfährt nur der, der sich zunächst selbst zu helfen weiß und damit das Vertrauen der Umwelt gewinnt. Einem Volk, das sich selbst nicht genügend Kraft zutraut, die Dinge laufen lassen und nur in der Kritik sich auszeichnet, wird niemand Achtung und Vertrauen schenken. Sieht aber die Umwelt, daß kraftvolle Selbstbestimmung in schweren Stunden bei uns Deutschen sich steigert, so zweifle ich nicht, daß die Fortsetzung der internationalen Verhandlungen zur Erleichterung zusätzlicher Kraftquellen in der Weltwirtschaft führen wird. Ist es notwendig zu sagen, daß für die aussichtsreiche Fortsetzung dieser Entwicklung Freiheit von innerpolitischen Störungen, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im deutschen Volke unentbehrliche Voraussetzungen sind? In einem Augenblick, wo alle Volkskräfte der gemeinsamen und verständlichen Arbeit an der Überwindung der Wirtschaftskrise angehört, müssen selbstverständliche politische Kämpfe, die in der Geschichte so oft Leid über Deutschland gebracht haben, zurücktreten.

Warnung vor dem Volksentscheid.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, in Fortführung dieses Gedankens mich nun fragen, was ich vom Volksbegehren über die Auflösung des Preussischen Landtages halte, so muß ich Ihnen erwidern, daß es sich staatsrechtlich hier um keine Reichs-, sondern um eine preussische Angelegenheit handelt. Als Staatsbürger — nicht als Parteipolitiker — aber

erkläre ich Ihnen, daß Sie mich nicht an der Wahlurne sehen werden.

Die Zulassung der parteipolitischen Gegenseite ist das Gebot der Würde, sondern ihre Fruchtbarmachung in einer diese Gegenseite überwindenden schöpferischen Synthese. In einer Synthese aller der Kräfte, die bereit sind, einer im mahnen Gemeinheitsgefühl aufgefaßten Wirtschaftsreform und einer aufbauenden Staatspolitik rückhaltlos und uneigennützig Hand und Herz weihen.

Das Recht der Angestellten.

AFB-Bund zur Rotenzahlung der Gehälter.

Nach der Freigabe des Zahlungsverkehrs liegt kein Grund mehr vor, den Angestellten ihre fälligen Gehälter vorzuenthalten. Der § 6 der Durchführungsverordnung vom 18. Juli muß verschwinden. Alle Angestellten, ob in der Industrie oder in der öffentlichen Wirtschaft, die ihre Gehälter postnumerando bekommen, müssen am letzten dieses Monats ihr Augustgehalt erhalten. Mit schärfstem Nachdruck wurde diese Forderung auf einer Konferenz der im AFB-Bund vereinigten Angestelltenverbände am Dienstag zum Ausdruck gebracht.

Die Angestellten haben, nachdem durch das Versagen der Banken die Kreditorganisation ins Wanken geraten war, die Notwendigkeit einer Regelung des Zahlungsverkehrs nicht verkannt. Sie müssen jedoch gegen die Ungerechtigkeit protestieren, die den Unternehmern in demselben Augenblick das gibt, was den Angestellten genommen wird. Der § 6 der Durchführungsverordnung vom 18. Juli, der nach Auffassung der Regierung eine nachträgliche Rotenzahlung der postnumerando fälligen Gehälter gestattet, greift ohne jede Notwendigkeit in die tarifvertragliche Regelung der Zahlungstermine ein. Während die Rotenordnung den Unternehmern die Möglichkeit gab, sich die notwendigen Lohngehälter von den Banken zu verschaffen, mußten die Angestellten auf ihre längst abgearbeiteten Gehälter warten und zugleich verpersperrte man ihnen den Zugriff zu ihren Spargroschen. Die Unternehmer räumten ihren Kunden neue Kredite ein, die Angestellten aber mußten auf ihre Gehälter warten. Und wer muß beweisen, daß vielfach Lohnzahlungen von den Banken genehmigt wurden, die nicht den Weg zu den Angestellten gefunden haben?

Es gibt Leute, die gerne die Rotenzahlung zu einer Durchsicherung der Angestelltenrechte benutzen möchten. Der AFB-Bund bekämpft deshalb auch jegliche Rotenzahlung bei den Besördenangestellten, die sich nicht zwingend aus den Kassen-schwierigkeiten des Reiches ergibt. Bei aller Rücksichtnahme auf die angespannten Finanzverhältnisse im Reich, in den Ländern und Kommunen müsse für die sozialen Räte der Angestellten und Pensionäre Verständnis gefordert werden. Auch vom finanztechnischen Standpunkt aus sei nicht einzusehen, weshalb die meisten Renten und Pensionen bis unter 50 Mark jetzt in Roten bezahlt werden. Die Belastung der Behörden mit den Doppelzahlungen sei schlimmer als alle Sparmaßnahmen. Zuerst sei auch, daß das Reichsfinanzministerium durch seine gegen die tarifvertraglichen Bestimmungen verstößende Regelung der Gehaltszahlung praktisch den Behördenangestellten jede Urlaubsreise unmöglich mache. Preußen habe einen Weg gefunden, der solche Schwierigkeiten beseitigt, die keine finanzielle Entlastung brachten, sondern nur die Angestellten unnötig verärgerten. — Der AFB-Bund erwartet, daß die Regierung alsbald die Durchführungsverordnung vom 18. Juli einer Revision unterzieht.

Die fluge Moskauer-Maus



„Was ist denn schon dies Preußen? — Eine Stütze des Faschismus, also — — —“



„— — — weg damit!“

Zahlungsverkehr der Sparkassen.

Volleröffnung erst nächste Woche. — Neuer Kredit der Reichsbank.

Die Banken werden heute ihre Schalter dem unbefrähkten Zahlungsverkehr öffnen. Durch die einseitige Politik von Reichsregierung und Reichsbank wird die volle Oeffnung der Sparkassen erst ab nächster Woche möglich sein. Bis zum Ende der Woche bleibt es also bei der Beschränkung der Auszahlungen auf 50 Mark und bei der Bedarfsnachweisung für höhere Beträge. Ab nächster Woche soll der Zahlungsverkehr der Sparkassen unter Berücksichtigung der Kündigungsfristen für Beträge über dreihundert Mark voll in Gang kommen.

Andere fast einheitlich von der öffentlichen Meinung unterstützte Forderung nach Gleichberechtigung der öffentlichen Banken gegenüber den privaten hat also zu einem grundsätzlichen Erfolge geführt. Die Reichsbank hat sich veranlaßt gesehen, zu den bisher eröffneten Krediten im Betrage von 175 Millionen Mark noch erheblich größere Beträge bereitzustellen. Auf dieser Grundlage ist zu hoffen, daß es auch beim Zahlungsverkehr der Sparkassen von der nächsten Woche ab zu größeren Schwierigkeiten nicht mehr kommen wird.

Fast so mißlich ist allerdings die Vorsicht, mit der die Reichsbank gegenüber den öffentlichen Banken und Sparkassen gläubig vorgehen zu müssen. Neue Kredite sollen nur den Girozentralen,

Landesbanken und öffentlichen Kreditanstalten zugewendet werden. Solange die neuen Kredite laufen, dürfen die Gemeinden zu-sätzliche Kredite nicht erhalten. Die Kreditgewährung geht so vor sich, daß die Garantie- und Akzeptbank die lombardmäßig gesicherten Wechsel an die Reichsbank zum Diskont weiterleitet. Für diese Wechsel wird noch eine Bürgschaft der Länder verlangt, und außerdem müssen die einzelnen Kreditbeträge noch doppelt durch Wertpapiere überdeckt sein.

Wir bewundern die Vorsicht der Reichsbank in diesem Fall. Während man im Falle der Privatbanken ohne jedes Bedenken fast den Bock zum Gärtner gemacht hat, verlangt man bei den Sparkassen usw. mit ihren fast zwölf Milliarden sicheren Kapitalanlagen und ihren 6 Milliarden Hypotheken derartig phantastische Sicherungen. Wir wünschen nur, daß sich bei den Privatbanken ebenso wenig Risiken ergeben werden, wie es bei den öffentlichen Banken gewiß ist.

Die Frage ist offen, wie die Interessen der öffentlichen Banken im Kreditausschuß und im Vorstand der Akzept- und Garantiebänk wahrgenommen werden. Es wird unbedingt notwendig sein, daß der Kreditausschuß durch Vertreter der Länder und der öffentlichen Institute erweitert und daß auch im Vorstand der Garantie- und Akzeptbank der erforderliche öffentliche Einfluß gesichert wird.

Frieden und Solidarität.

Die Forderung der Kriegsoffer.

Prag, 4. August. (Eigenbericht.)

Die stark besuchte Tagung der Kriegsoffer-Internationale hat eine Rundgebung beschlossen, in der es heißt:

Das wichtigste Heilmittel gegen die Folgen des Krieges und der Politik des Egoismus ist die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern durch Anerkennung ihrer Pflichten gegeneinander, durch Ausübung der internationalen Solidarität und des Willens, die internationalen Verpflichtungen jeder Art loyal innezuhalten. Um die Gegenseite zu befriedigen, die nur mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden dürfen, ist es unerlässlich, das internationale Wirtschaftsleben zu organisieren und eine internationale Regelung im europäischen Rahmen für den Umlauf der Güter, für die persönliche Fühlungnahme und für den Gedankenaustausch zu schaffen.

Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise als der hauptsächlichsten Quelle der Schwierigkeiten ist eine umfassende und durchgreifende Kreditaktion erforderlich, durch die Deutschland die zur Verhütung einer Finanz- und Wirtschaftskatastrophe notwendigen Kredite erhält.

deren Gewährung lediglich dadurch erleichtert werden sollte, daß Deutschland durch Akte der Freiwilligkeit die Kreditgeber davon überzeugt, daß die gewährten Mittel ausschließlich dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau, dem Frieden und der Erhaltung der Demokratie dienlich gemacht werden. Im Zuge dieses Sanierungsprogramms erscheint eine Prüfung der Möglichkeit angebracht, die internationale Kriegsschuldenslast auf die Wiedergutmachung der Personen- und Sachschäden zu beschränken.

Im übrigen fordert die Kriegsoffer-Internationale kraftvolle Bemühungen zur Sicherung eines Erfolgs der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz, die für 1932 nach Genf einberufen ist und eine internationale Jugendziehung im Geiste des Friedens. Mit besonderem Nachdruck erhebt die Internationale Einspruch dagegen, daß zur Ausgleichung der durch die Krise verursachten Finanzschwierigkeiten mancher Staaten auch die Kriegsofferrenten herangezogen werden.

Die Zollunion vor Gericht.

Immer neue Gegenzüge.

Amsterdam, 4. August. (Eigenbericht.)

Vor dem Haager Ständigen Internationalen Gerichtshof erhob der österreichische Vertreter Professor Kaufmann auf eine Frage des Präsidenten, daß er Dokumente zu dem von ihm angeführten Entwurf einer italienisch-österreichischen Zollunion im Jahre 1923 nicht beschaffen könne, daß aber diese Unterhandlungen auch von Italien zugestanden worden seien. Der italienische Professor Filotti erwiderte, daß die österreichische Regierung damals

eine Zoll- und Münzunion vorgeschlagen, Italien aber niemals irgendwelche Schritte dazu unternommen habe. Italien habe damals die österreichische Anregung wegen einer befürchteten zu hohen Belastung abgelehnt. Beide Regierungsovertreter erklärten sich bereit, dem Gerichtshof entsprechende Unterlagen zu beschaffen.

Professor Basdevant-Frankreich hob in seiner Replik hervor, daß der Artikel 88 von St. Germain nicht nur die rechtliche Unabhängigkeit betreffe. Auch die wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von einem anderen Staat gefährde seine politische und rechtliche Unabhängigkeit. Zudem habe das Wort Unabhängigkeit in den verschiedenen internationalen Verträgen durchaus nicht immer die gleiche Bedeutung.

Stahlhelm fälscht eigene Flugblätter.

Berlegenheitsausreden in Form einer Berichtigung.

Der „Stahlhelm“ schickt uns die folgende Berichtigung zu unserer Feststellung, daß er seine eigenen Flugblätter gefälscht hat:

„1. Unwahr ist, daß der Stahlhelm die Herren von Sodenstern und von Stephan zum Reichsminister des Innern geschickt hat, wahr ist vielmehr, daß der stellvertretende Landesführer des Stahlhelm Groß-Berlin, Dr. Böllke, sich persönlich in Begleitung des Leiters des Volksentscheids, Major von Sodenstern, zum Reichsminister des Innern begeben hat.

2. Unwahr ist, daß der Versuch einer arglistigen Täuschung des Reichsministeriums des Innern vorliegt, wahr ist vielmehr, a) daß die Herren Dr. Böllke und v. Sodenstern den Herrn Reichsminister des Innern darauf aufmerksam gemacht haben, daß es sich bei dem vorgelegten Flugblatt um ein solches handle, in dem die zunächst bearbeitete Stelle bereits abgeändert sei, der Text des ursprünglichen, inzwischen beschlagnahmten und daher nicht mehr vorhandenen Flugblatts befindet sich in der — gleichzeitig dem Herrn Reichsminister des Innern übergebenen — Entscheidung des Polizeipräsidiums,

b) daß die Herren Dr. Böllke und v. Sodenstern dem Herrn Reichsminister des Innern ferner erklärt haben, sie wendeten sich deshalb unmittelbar an ihn, weil dem Stahlhelm von Beamten der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums gelagt worden sei, auch mit dem abgeänderten Text werde das Flugblatt wegen seines übrigen Inhalts verboten werden.

c) daß der Leiter des Volksentscheids, Major v. Sodenstern, dem Ministerialrat Schöner in preussischen Ministerium des Innern bereits am Freitagabend um 7 Uhr auf seine Anfrage hin diesen tatsächlichen Vorgang mitgeteilt hat.

gez. Dr. Böllke. gez. Hans v. Sodenstern.

Die Herrschaften drehen und winden sich, um diese für sie so unendlich blamable Angelegenheit zu verdecken. Wenn unreife Schulbuben auf einem Dummjungenstreich ertappt werden, suchen sie sich herauszureden. Also auch die Herren vom Stahlhelm nach dem Dummjungenstreich mit dem selbst gefälschten Flugblatt.

Damit kein Arrim entsteht: unsere Angaben waren richtig, und die sogenannte Berichtigung entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

SAISON AUSVERKAUF

In fast allen Abteilungen

Beginn 1. August

PREISE TEILWEISE SOGAR BIS ZU **75%** HERABGESETZT

Verkauf soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten

181

Damen-Wäsche		Herren-Artikel		Trikotagen	
Taghemden mit Stickerel, Stück jetzt	0.48	Nachthemden halstief oder m. Kragen, früh. Stück b. 3.75, jetzt	2.45	Hemdchen od. Unterziehschläfer für Damen, fein gewirkt, Stück jetzt von	0.45
Taghemden farbig Batist, Stück jetzt	0.95	Oberhemden mod. Must. gefüllt Brustm. Kragen, fr. St. b. 3.90, jetzt	2.75	Hemdhosens f. Damen, Windell, m. Bandtr., fein gewirkt, St. jetzt v.	0.75
Nachthemden mit farbiger Garnierung, Stück jetzt	0.95	Sporthemden fest. Kragen u. Krawatte, früh. Stück b. 4.90, jetzt	3.50	Schlüpfer für Damen, Kunstseide, gute feinstmaschige Qualität, Stück jetzt	1.35
Nachthemden guter Wäschestoff, Stück jetzt	1.35	Stehumlegekragen Mako 4fach oder halsteifer Kragen, in schön. Mustern, 3 Stück jetzt	0.95	Herren-Netzjaken Stück jetzt von	0.50
Schlafanzüge farbig Batist, Stück jetzt	2.95	Selbstbinder reine Seide, Stück jetzt von	0.38	Hemden für Herren, mit Vorderschluss und Doppelbrust, makofarbig, oder Trikotoberhemdes mit modernen Einatzen, St. jetzt von	1.45
Schlafanzüge elegante Verarbeitung, Stück jetzt	3.90	Selbstbinder in neuen Formen und Farben, früher Stück bis 4.90, jetzt	0.75	Garnituren für Herren, Jacke und Beinkleid, feinfarb., Garnit. jetzt von	2.75
Unterkleider Charmeuse, mit Spitzen, Stück jetzt	2.95	Wollhüte Kunstseide, 16 teilig, früher Stück bis 4.90, jetzt	2.75	Hemdhosens Baumwollqual., Stück jetzt v.	0.85
Unterkleider Charmeuse, mit gesticktem Motiv, Stück jetzt	3.90	Damen-Schirme früh. St. b. 5.90, jetzt	4.90	Hemdhosens od. ohne Klappe, Stück jetzt v.	0.95

Leinenwaren		Badewäsche		Bettwäsche	
Küchenhandtücher Dalporgewebe, farbig gestreift, abgepasst, ges. und geb., früher Stück bis 0.65, jetzt	0.42	Badetrikots schöne Muster, Stück jetzt	0.95	Kopfkissen Bezüge, gestickt mit Hohlsaum, früher Stück bis 1.35, jetzt	0.75
Wischtücher weiss-rot kariert, gesäumt und geb., früher Stück bis 0.20, jetzt	0.14	Badetrikots reine Wolle, elast. gestrickt, St. jetzt	2.95	Kopfkissen Bezüge, Linon, mit Hand-Hohlsaum, früher Stück 1.95, jetzt	1.45
Reinleinen Jacquard-Handtücher vollweiss gebleicht, ca. 48/100 cm, gesäumt und gebändert, früher Stück bis 1.10, jetzt	0.78	Bademäntel gute Frottierstoffe, Stück jetzt	6.90	Ueberlaken, hierzu passend, früh. St. bis 5.50, jetzt	3.95
Künstlerdecken hübsche Muster, waschbar, ca. 130/160 cm., früher Stück bis 2.45, jetzt	1.90	Frottier-Handtücher ca. 50/100 schweres Gew., Stück jetzt	0.68 0.95	Kopfkissen Bezüge, Linon, m. Stickerel-Ein- u. Ansatz, fr. St. bis 4.95, jetzt	3.25
Bauerndecken leinenartiger Charakter, kariert, II. Wahl, ca. 130/145 cm., früher Stück bis 1.80, jetzt	1.35	Frottierstoffe schöne Muster, bedeutend im Preise ermäßigt		Ueberlaken, hierzu passend, früh. St. bis 5.50, jetzt	6.50

Schürzen		Handschuhe		Berufskleidung	
Jumperschürzen für Damen, Stück jetzt	0.95	Handschuhe für Damen, Schwedisch imitiert, mit Manschette, früher Paar bis 0.95, jetzt	0.68	Malerkittel Nessol, früher Stück bis 2.85, jetzt	2.15
Knopfkittel für Damen, in verschiedenen Größen, Stück jetzt	1.95	Handschuhe f. Dam., Schwed.imit., m. Wechselstich oder Kunstse., mod. Mansch., fr. Paar b. 1.25, jetzt	0.90	Staubmäntel farbig, früher Stück bis 4.25, jetzt	3.15
Knopfkittel Hansmachertuch, blau, Stück jetzt	2.45	Handschuhe für Damen, Waschlleder od. Nappstepp., durchgeh. gefäht., fr. Paar bis 4.90, jetzt	2.90	Aerztemäntel weiss, offen und geschlossen, früher Stück bis 4.50, jetzt	3.50
Gartenkleider in grosser Auswahl Stück jetzt 2.95, 1.95, 0.95	0.95	Handschuhe für Herren, Nappe, mit warmem Futter, früher Paar bis 4.50, jetzt	3.50	Monteuranzüge Dreif., gut verarbeitet, früh. Stück bis 5.50, jetzt	4.50
				Koch- u. Konditor-Jacken, weiss Köper, früh. bis 4.50, jetzt	3.75

Reste und Abschnitte enorm billig!

HERMANN TIETZ

Theater, Lidetspiele usso

Staatstheater
Geschlossen.

Abonnements-Einladung
für die Spielzeit 1931/32

Großer Preisabbau,
wesentliche Verbesserung einzelner Platzgruppen durch Vorverlegung, sehr bequeme Zahlungsbedingungen.

Anmeldungen nehmen in der Zeit von 10 bis 2 Uhr entgegen: für die Staatsoper und das Staatliche Schauspielhaus: Abonnem.-Büro Oberwallstr. 22, Fernsprecher: Merkur 9024, für das Staatl. Schillertheater: Abonnem.-Büro: Charlottenbg., Grolmanstraße 7a, Fernsprecher: Steinplatz 6715

Reichshallen-Theater
„Alles verrückt!“
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr

ROSE-THEATER
Wochenlage 8¹¹
Sonnags 2 mal 5⁰⁰ und 9⁰⁰

„Madame hat Ausgang“
mit Traute Rose u. Armin Schweizer
Preise: 0.50—3 M.

Gr. Frankfurter Str. 132, U-Bahn Strausberger Platz. — 6 tägiger Vorverkauf 11—1 und 3—6 Uhr. — Tel. Bestellung E 7 Welchall 3422

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Raschen erlaubt
Barbette, Bourliakoff-Truppe, Concho, Fransky und weitere internationale Kunstkräfte

Planetarium am Zoo
Verlängerte Joachimthaler Str.
Täglich (außer Montag)
4 Uhr: „Der Sternenhimmel im Sommer“ (50 Pf.) Vortrag mit Zeiss-Instrument
5, 7, 9 Uhr: „Himmel über Indien“ — Vortrag mit Zeiss-Instrument — Film „Chang“
Eintrittspreis auf allen Plätzen 50 Pf. Schüler u. Studierende zahlen die Hälfte
Ab Mittw., 1. Aug. bis 12. Aug. tägl. 7 Uhr: „Die Arktis aus dem Zeppelinfenster“ — Vortrag mit Film u. Lichtbild von A. Koestler, dem einzigen Berichterstatter auf der Polarfahrt des „Grafen Zeppelin“ — Eintrittspreis 80 Pf. Freikarten und Vergünstigungen für diesen Vortrag aufgehoben.

SCALA
Barbarossa 9256
Tägl. 8 u. 8¹⁵ Uhr
Barto & Mann
W. & C. Ahern
Walter Nilsson
South China
Weintraube
u. weitere Neuheit.

Metropol-Theater
Täglich 8¹⁵ Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Bohnen
Kurtürstendamm-Theater
Bismarck 448/4
8¹⁵ Uhr
Die schöne Helene
von Jacques Offenbach
Regie: Max Veilgardt

auch **Schulstiefel**
billiger

27/30 **4⁸⁵**
31/33 **5⁸⁵** 35/39 **6⁴⁵**

schwarzer, kräftiger Rindboxstiefel, derbe Sohle

Mädchenspannen- 27/30 **2⁸⁵** 31/33 **3⁴⁵**
schuhe, schw. Roßchevreaux

Turnschuhe von **45 Pf.** an

Salson - Ausverkauf
Bottina
Schuh-Ges.m.b.H.

Oranienstr. 29 / Kleiststr. 22 / Brunnenstr. 13
Turmstr. 78 / Charlottenburg, Berliner Str. 133
Neukölln, Berliner Str. 43

Wiedereröffnung
Sonnabend, d. 15. August
Modern renoviert!
Moderne Darbietungen!
Trotzdem zeitgemäßer Preisabbau

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lehndorfer 74/75

Noch nicht im **TRAUMLAND**
SCHÖNHOlz
gewesen?
Neue Attraktionen!
Dienstag Donnerston u. Sonnabend
Großfeuerwerk

Verkäufe
Tapezen
Salzet., Resonanz-
Stühle 9.
Leppichhaus
Emil Lehmann,
Berlin, seit 49 Jahren
nur Oranien-
straße 158. Re-
klamationen ohne
Ausfall. Socialia-
loallos Isnt-
ret.

Möbel
Speisezimmer,
neueits Modell,
rund, komplett
200,—, Kleinaus-
wahl, Lindenstr.
Oranienstraße 53.
Spezialflüster,
Anweilungen,
Scheds um.
Moderne praktische
Schlafzimmer etwa
600 M., gefüllte
Bürse oder wun-
schgemäß. Moderne
Rücken, Isiert oder
weiß, etwa 240 M.
Für kleine Räume
ohne aufstehende
Türen. Per Auto
ins Haus. Richard
Schlöhder, Tischler-
meister, Briefen
(West), Sonntag-
saherkarten. Be-
stimmung für Berlin:
Friedberg, Rieder-
bornstraße 10,
Seitenflügel 17,
Sont.

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENPLATZ
Das P
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen
Frit Boob
geb. am 14. Mai 1880, an Lungen-
entzündung gestorben ist.

Johann Günther
geb. 18. November 1888, gestorben ist.

Obre ihrem Andenken!
Nege Beteiligung wird erzwart.
Die Ortsverwaltung.

Kaufgesuche
Fahrräder,
Kleinfuhrer,
Quadrifur, Rinn-
maschine, Silber-
schmiede, Goldschmel-
zettel, Christian
Rosenfeldstraße 89
Seitelle Halber-
straße.

Unterricht
Unterricht,
Klavier, Geoline,
Gefahren, Sozialität
Charakter, Rollen-
thal, Coorrit 27.

**Ver-
mietungen**
Wohnung,
2 1/2 Zimmer, Bad,
Balkon, 83,—, Ja-
sack, „Borsbrunn“,
Wiederholende,
Deildstraße 17.

**Kur-, Erholungs-
aufenthal**
Erholungsanfender
empfiehlt im Golf-
säfte Borsbrunn,
Ludwig Hofmann,
Borsbrunn (Spre),
erste Station hinter
Friedenwalde
(Spre), Frankfurt
(Oder), von Fried-
enwalde 1 Stunde
Fuhrweg. Herrliche
Waldung, Bade-
brunn, Baden,
Angeln, Gute Ver-
pflegung, 4 Mal
täglich. Fern-
sprecher 13.

Wohnungen
Wohnung,
2 1/2 Zimmer, Bad,
Balkon, 83,—, Ja-
sack, „Borsbrunn“,
Wiederholende,
Deildstraße 17.

Zimmer
Große Kuchstube
für Eheleute, sehr
obere ans mobilt,
zu vermieten, Eich-
lenstraße 66, Diet
Minuten vom
Bahnhof Dieritz
Seide-Ed.